

TH	Kostenstelle	Maßnahme (Originalnachricht)	Stichwort	Anmerkung																																								
01	01010299	<p>Meine Anregung zur Einsparung sieht wie folgt aus: Erstellung einer Liste mit folgenden Spalten</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Dienstleist. durch Stadt</th> <th>Nutzung durch . % Bevölker.</th> <th>Kosten pro Bürger</th> <th>Gesamt-ersparnis</th> <th>gesetzl. erforderlich</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>z.B. Personal- ausweis erstellen</td> <td>100%</td> <td>10 €?</td> <td>150.000,- € ?</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>Straßenbau</td> <td>100%</td> <td>?</td> <td>?</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>Kanal + Wasser</td> <td>100%</td> <td>?</td> <td>?</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>DGHs</td> <td>15%</td> <td>?</td> <td>?</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>Schwimmbad</td> <td>10%</td> <td>?</td> <td>?</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>Bücherei</td> <td>5%</td> <td>?</td> <td>?</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>Musikschule</td> <td>5%</td> <td>?</td> <td>?</td> <td>nein</td> </tr> </tbody> </table> <p>Wenn diese Liste steht, kann man theoretisch alles was nicht gesetzlich erforderlich ist, schließen. Wenn gegebenenfalls doch noch Geld nach Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben da ist, sollte man diejenigen Leistungen belassen, die von den meisten Menschen aller Altersstufen genutzt werden. Außerdem ist die Liste schön, weil man die Kosten pro Bürger mit Vollkostenrechnung sieht. Solche kleinen persönlichen Zahlen sind für die Menschen transparenter. Von meiner persönlichen Warte aus könnten die Schwimmbäder, die Bücherei, die DGHs, das Museum, der Stadtbus und die Unterstützung der Musikschule wegfallen. Sicherlich gäbe es noch mehr, worauf ich verzichten könnte. In allen Einrichtungen habe ich viele schöne Stunden verlebt und verlebe sie noch. Aber wenn kein Geld da ist, muss man halt auch verzichten. Das Leben wird trotzdem in Lauterbach und Maar nicht grau und trostlos werden. Vielleicht bringt das die Menschen sogar noch näher zusammen. Nur Mut auch zu einschneidenden Maßnahmen. Ich bin sicher, dass der Großteil der Bevölkerung die Dinge ähnlich sieht. Lassen Sie sich nicht von wenigen Menschen, die "ihr Maul aufreißen" umwerfen.</p>	Dienstleist. durch Stadt	Nutzung durch . % Bevölker.	Kosten pro Bürger	Gesamt-ersparnis	gesetzl. erforderlich	z.B. Personal- ausweis erstellen	100%	10 €?	150.000,- € ?	ja	Straßenbau	100%	?	?	ja	Kanal + Wasser	100%	?	?	ja	DGHs	15%	?	?	nein	Schwimmbad	10%	?	?	nein	Bücherei	5%	?	?	nein	Musikschule	5%	?	?	nein	<p>Schließung von freiw. Einrichtungen und Beendigung der Unterstützung freiw. Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Schwimmbad</li> <li>- Bücherei</li> <li>- DGH's</li> <li>- Museum</li> <li>- Stadtbus</li> <li>- Musikschule</li> </ul>	<p>Pol. Entsch.</p>
Dienstleist. durch Stadt	Nutzung durch . % Bevölker.	Kosten pro Bürger	Gesamt-ersparnis	gesetzl. erforderlich																																								
z.B. Personal- ausweis erstellen	100%	10 €?	150.000,- € ?	ja																																								
Straßenbau	100%	?	?	ja																																								
Kanal + Wasser	100%	?	?	ja																																								
DGHs	15%	?	?	nein																																								
Schwimmbad	10%	?	?	nein																																								
Bücherei	5%	?	?	nein																																								
Musikschule	5%	?	?	nein																																								

01	01010299	„Wir sind Lauterbach“ – Innovationen durch Bürgerbeteiligung, damit kreative Ideen, praktische Erfahrungen und Wissen eingebracht werden können. Nicht nur einmal im Jahr, sondern Forum anbieten, für die Stadt beste Ideen prämiieren. Damit kann auch die Akzeptanz zu treffender Entscheidungen erhöht werden. Abstimmungs-/Kommentierungsmöglichkeit der Bürger über ein Internetportal	Bürgerbeteiligung erhöhen	Wird praktiziert
01	01010299	Die Stadt bietet einen „Lauterbacher Baustein“ an, der für einen Preis von 100 € oder 200 € erworben werden kann. Die Bürger erhalten hierfür symbolisch ein Schild (z.B. Töpferei) und können damit ihre Verbundenheit zur Stadt signalisieren	Verbundenheit zur Stadt stärken („Lauterbacher Baustein“), Spenden	Wird in Teilbereichen durch Fördervereine umgesetzt <b>Weitere Umsetzung wird geprüft</b>
01	01010299	Verkauf der Stadtwerke an die OVAG. Diese könnte, unabhängig von politischen Gremien, die Sanierung der Stadtwerke zügiger umsetzen.	Verkauf Stadtwerke an OVAG	Pol. Entsch. (Stadtwerke schreiben schwarze Zahlen, lediglich Freizeitzentrum ist Verursacher für Verluste!) Derzeit durch Querverbund nicht umsetzbar
01	01010299	Gleisschrott verkaufen: Auf den alten Gleisstrecken liegen hunderte Meter nicht mehr nutzbares Gleis. Dieses kann verkauft oder versteigert werden. Somit entfallen auch die Gefährdungsstellen an Überwegen. Die Holzschwellen können über die ART als Heizmaterial veräußert werden. Die freiwerdenden Flächen können dann genutzt werden, zum Beispiel an Anlieger verkauft werden. 1 Meter Gleis wiegt etwa 50 Kilogramm	Nicht mehr genutzte Gleise auf alten Bahnstrecken verkaufen	Eigentümer Deutsche Bahn AG
01	01010299	Die Kosten für öffentliche Bekanntmachungen können gesenkt werden, wenn die Bekanntmachungen im Internet erfolgen. Dies ist möglich, wenn die Bekanntmachung gemäß dem geänderten § 7 HGO in aktualisierter Fassung durchgeführt wird. Hauptsatzung der Kommune nach Erfordernis anpassen	Senkung der Kosten für öffentliche Bekanntmachungen	Umgesetzt

01	01010299	Mitgliedschaften überprüfen: Pflichtmitgliedschaften und Mitgliedschaften in Kommunalverbänden und Institutionen, welche die Interessen der Stadt vertreten, bzw. die der Stadt wertvolle Informationen und Expertenwissen zur Verfügung stellen erhalten. Alle Nicht-Pflichtmitgliedschaften kündigen (wahrscheinlich geringes Einsparpotential)	Mitgliedschaften prüfen, wenn keine Pflicht besteht kündigen	Teilweise umgesetzt; Wird weiter geprüft
01	01010299	Höhe der Beteiligung überprüfen. Einige Beteiligungen aus dem Beteiligungsbericht 2010 dürften hinfällig sein, sind diese gekündigt?	Beteiligungen prüfen	Teilweise umgesetzt Wird weiter geprüft
01	01010299	Zusätzlich könnte man Renault fragen, ob der Konzern ein E-Auto Pilotprojekt in der Stadt starten möchte. Die kleinen Twizy könnten von der Verwaltung genutzt (gratis fahren) und von den Touristen gemietet werden – gleich am Bahnhof umsteigen. Die Stadtwerke bauen Strom-Tankstellen und die Stadt schafft E-Auto-Parkplätze. Lauterbach kann sich modern präsentieren und hätte ein Alleinstellungsmerkmal. Fragen kostet ja nichts. + 400.000 EUR p.A.	E-Auto Pilotprojekt zur Nutzung durch Verwaltung und Vermietung an Touristen	Aufgrund der Finanzlage nicht umsetzbar
01	01010299	1. Das Leitbild sollte gemeinsam mit allen Mitarbeitern der Stadt Lauterbach in Workshops entwickelt werden. Im Leitbild sind entsprechende Leitsätze enthalten die zum einen die Aufgaben der Stadt und die Mitarbeit der Beschäftigten enthalten sollen. 2. Ziele entwickeln und festlegen ist der weitere Schritt, denn nur wenn Ziele verbalisiert und schriftlich dokumentiert werden, kann zielorientiert gearbeitet werden 3. Erarbeitung von Zielvereinbarungen für alle Mitarbeiter. Zuerst werden die Ziele für die Führungskräfte erarbeitet und dann auf die Mitarbeiter heruntergebrochen.	Leitbild entwickeln  Ziele entwickeln / festlegen  Zielvereinbarungen mit Mitarbeitern	Pol. Entsch.
01	01010299	Welches Ziel verfolgt Lauterbach langfristig? Außen- und Innendarstellung, gesamtstädtische strategische Ausrichtung, gewerbliche Ansiedlungen, Wohnen, Verkehr, Gesundheitsversorgung, Anforderungen aus Demographie, Familienfreundlichkeit etc.	Zielverfolgung festlegen (Leitbild)	Pol. Entsch.
01	01010299	Offenheit und Transparenz, um damit das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung zu stärken und auszubauen und auch hier Verständnis und Akzeptanz zu erreichen.	Transparentere Verwaltung	Wird im Rahmen der Gesetze praktiziert

02	01010301	Alle hessischen Kommunen kaufen ihren Bürobedarf (Papier, Stifte, Kopierer, Aktenordner etc.) zentral ein. Der Hessische Städte- und Gemeindebund handelt günstige Einkaufskonditionen für alle Kommunen aus. Dasselbe kann für Dienstfahrzeuge praktiziert werden. Falls der HStGB das nicht leisten kann, wird eine hessenweite GmbH gegründet, die Mengenrabatte aushandelt. Die Kostenersparnis pro Jahr ist schwer abschätzbar, aber sicher beträchtlich.	Zentrale Beschaffung von Büromaterial und Fahrzeugen ggf. hessenweite GmbH gründen	Beschaffung Standardsoftware ausgehandelter Preis des Landes bei der Ekom21; Seit 2011 Einkaufsgemeinschaft beim DStT (Mitglieder fast aussch. Großstädte); Zusammenarbeit DStT und hessenweite GmbH ggü. geringem Einkaufsvolumen nicht rentabel; Kooperation mit Vogelsbergkreis in Teilbereichen kann geprüft werden.
02	01010302	Optimierung Postein- und Postausgangserfassung: In vielen Kommunen wird eine Erfassung des Postverkehrs durchgeführt (Posteingangsbuch). Es ist uns nicht bekannt, ob das in Lauterbach der Fall ist. Da die Erfassung von Postein- und -ausgängen, abgesehen von gesetzlich vorgeschriebenen Einzelfällen, nicht zwingend vorgeschrieben ist, kann hierauf verzichtet werden. Dadurch kann verwaltungsübergreifend Personalaufwand reduziert werden	Optimierung Postein-/ausgang	Es wird kein Posteingangsbuch geführt
02 /	01010303 /	Stadtarchiv: Zusammenlegung der Aufgabenbetreuung mit Personal der Bibliothek. Potentiale nutzen, die sich durch Möglichkeiten der Digitalisierung ergeben.	Zusammenlegung Aufgabenbetreuung Stadtarchiv u. Bücherei	Räuml. u. statisch nicht möglich; Digitalisierung wird vorbereitet; Zurzeit bereits eine halbe Stelle eingespart
02	01010399	Mit Beispiel zur Klimawende: Fahrradstadt: Alle Angestellten der Stadt + Vogelsbergkreis erhalten einen Service-Gutschein einer ortsansässigen Fahrradwerkstatt für eine Jahresinspektion ihres Fahrrades, wenn sie mehr als die Hälfte aller Jahresarbeitstage den Weg zur Arbeit mit dem Fahrrad zurückgelegt zu haben.	Angestellte der Stadt und des Kreises mit dem Rad zur Arbeit → Service-Gutschein Fahrradinspektion	Anordnung rechtl. Nicht möglich

02 / 03	01010401 / 01010199	<p>Optimierung kommunaler Sitzungsdienst: Die Vorbereitung, Koordinierung und Protokollierung der Sitzungen von kommunalen Beschluss- und Beratungsgremien verursacht einen erheblichen Verwaltungsaufwand. In diesem Aufgabenbereich lassen sich deutliche Zeit- und Personalressourcen einsparen, indem an Stelle von Verlaufsprotokollen Ergebnisprotokolle angefertigt werden. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), Köln, hat hierzu ein praxistaugliches und effizientes Modell entwickelt, das in vielen Kommunalverwaltungen bereits seit Jahren mit großem Erfolg eingesetzt wird. In Anbetracht der Optimierungspotentiale ist zu prüfen, ob dieses Modell auch bei der Stadtverwaltung Lauterbach angewendet werden kann (siehe KGSt-Gutachten „Kommunaler Sitzungsdienst“, 1984). Die Umsetzung dieses Vorschlags bringt z.B. in Eisenach mittelfristig einen Effizienzgewinn von 1/3 Vollzeitstelle. Dies entspricht einem jährlichen Einsparbetrag ab 2014 von rd. 20 000 (Quelle: HSK Maßnahmenkatalog Eisenach 2012-2022)</p>	Optimierung Sitzungsdienst	Wird praktiziert und stets weiterentwickelt
02	01010401	<p>Werbefläche städtische Homepage: Präsentation von Firmen und Institutionen auf der Homepage als Einnahmequelle – fließen diese Einnahmen der Stadt zu?</p>	Werbeflächen auf städt. Homepage	<p>Homepage nicht mit Werbung überladen, um Informationscharakter eines Veröffentlichungsportals einer Kommune gerecht zu werden; Werbung wurde bewusst reduziert; Vorhandene Werbung kommt indirekt durch kostengünstigere Preisgestaltung für Betrieb der Stadt zugute.</p>

02	01010401	Homepage / Außendarstellung: Hier sollte die Betreuung aus einer Hand überprüft werden, z.B. verschiedene Angaben zur Einwohnerzahl. Das Angebot des Freizeitzentrums findet sich auf Unterseiten der Stadtwerke, Angebote wie z.B. Geburtstagssevent Welle fehlen. Modernes Stadtmarketing muss sich auf Homepage finden – „Wir sind Lauterbach“.	Überprüfung Homepage	Stetige Verbesserung an der Internetpräsentation von Stadt und Stadtwerken; momentan Neuerung im Bereich Stadtwerke vorgesehen; es besteht kein zusätzlicher Handlungsbedarf
02	01010401	Ehrenamtsbörse über die Homepage der Stadt: Wo wird aktiv Unterstützung durch Bürgerengagement benötigt? Austauschmöglichkeit auch für Vereine.	Ehrenamtsbörse	Siehe Darstellung aller Vereine auf der Homepage, soweit Verein einverstanden
02	01010401	Attraktivität Marktplatz erhöhen: Ein kostenfreier Wireless-Lan-Zugang auf dem Marktplatz (über abgesicherten Router Rathaus) könnte das "städtische Leben" beleben. Dieser Zugangspunkt würde Bürgern, die zu Hause über keinen Internetzugang verfügen, oder auch Touristen zur Verfügung stehen.	Attraktivität Marktplatz erhöhen (Zugangspunkt mit kostenfreiem W-Lan)	Bereits in der Bücherei verfügbar; Für Marktplatz kein Bedarf erkennbar; Anschaffung der Technik, Unterhaltung und Absicherung bzgl. Diebstahl/Vandalismus ist zu teuer → führt nicht zu Einsparungen

02	01010501	Das Personal der Verwaltung könnte auf 90 Personen reduziert werden. Im Ebsdorfergrund kommt man mit 55 aus. Rechnet man das hoch und berücksichtigt die zusätzlichen Aufgaben Lauterbachs, sollten 90 genügen. + 920.000 EUR p.A.	Personal auf 90 Personen reduzieren	Rückführung der Stellen von 165,5 ('97) auf 120 ('15); Vergleich der Stellenpläne ohne Hintergrundinfo's nicht möglich (ggf. andere Strukturen); In Lauterbach entfallen 41 Stellen auf KiTa's, auf Verwaltung einschl. Touristcenter ledigl. 38,5 Stellen; Verwaltungskräfte abhängig von Anzahl, Größe, Struktur der Außenstellen wegen Hintergrundaufgaben
<del>02</del>	<del>01010501</del>	<del>Als einen Vorschlag für Einsparungen wollte ich Ihnen eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit der städtischen Bediensteten auf 40 Stunden unterbreiten. In vielen Bereichen wurden ja die Stunden für Mitarbeiter erhöht um Kosten zu sparen.</del>	<del>Erhöhung der Wochenarbeitszeit der städt. Bediensteten auf 40 Std.</del>	<del>Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ist durch den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD-VKA) vorgegeben → rechtl. nicht möglich</del>
<del>03</del> <del>/</del> <del>15</del>	<del>0202.....</del> <del>/</del> <del>15030199</del>	<del>Zusammenlegung Touristcenter und Bürgerbüro im Zusammenhang mit Rathaussanierung – damit gesicherte Öffnungszeiten / Synergieeffekte möglich.</del>	<del>Zusammenlegung Touristcenter und Bürgerbüro</del>	<del>Wird im Zusammenhang mit der Rathaussanierung geprüft</del>

03	01010199	Reduzierung der Druckkosten durch gesichertes Downloadportal -Portal für Abgeordnete	Downloadportal für Abgeordnete	Eine in diese Richtung gehende Idee wurde bereits geprüft; Entsprechende Technik müsste vorgehalten werden; Umsetzung an Kosten gescheitert.
03	01010199	Wenn die Aufsichtsräte in Beteiligungen Sitzungsgeld erhalten, dann Anzahl der Räte reduzieren (Stadtwerke = 10 Aufsichtsräte, Heimstätten = 7 Aufsichtsräte, )	Anzahl der Räte bzgl. Sitzungsgeld reduzieren	Pol. Entsch.
03 / 02	01010199 / 01010401	Teilhabe: Öffentliche Parlamentssitzungen: per Video aufnehmen und auf der Homepage der Stadt einen Monat lang zum Anschauen anbieten (passwortgeschützter Zugang nur für Bürger). Schafft sicher ein sehr hohes Maß an Transparenz	Parlamentssitzungen per Video online übertragen	Keine monetäre Wirkung; Kommunaler Spitzenverband beurteilt Videomitschnitte und Einstellung ins Internet kritisch
03	01010199	Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten auf das absolute Maß nach § 38 HGO	Reduzierung Abgeordnete	Pol. Entsch.
03	02020399	Neubürger begrüßen: Kaum eine Stadt in der Umgebung heißt ihre neuen Bürger willkommen. Einmal im Jahr sollten Neubürger vom Bürgermeister eingeladen und begrüßt werden. Familien mit Kindern könnten dabei besonders willkommen geheißen werden. Es findet sich sicher ein Familienverein, der das konzeptionell ausarbeitet und moderiert. Keine Kosten aber eine gute Möglichkeit das Image zu verbessern (Vorschlag bereits seit längerem)	Neubürgerbegrüßung (organisiert durch „Familienverein“)	Monetäre Bewertung nicht möglich, pol. Entsch.



03	02020399	<p>Ein könnte ein Kompetenz-Team „Einwohner-Plus“ geschaffen werden. Denkmalschutzexperte, Statiker, Architekt, Steuerexperte, Finanzexperte. All diese arbeiten gratis für die Stadt und werben so für sich. Diese Experten werden aktiviert, wenn eine spezielle Abteilung der Stadt einen Zuzugswilligen gefunden / aktiviert hat. Diese Abteilung verfügt über einen Katalog freistehender Wohnungen und Häuser zur Miete oder zum Kauf. Es wird ein Full-Service bis hin zum Umzugsserver (externer Anbieter) geboten, damit der neue Bürger „schlüselfertig“ nach Lauterbach kommen kann. Über 1.150 Einwohner sind uns in den letzten 15 Jahren verloren gegangen. Nach der gleichen Statistik steht der Wohnraum aber noch zur Verfügung. D.h. ohne Investitionen können 1.000 Einwohner aufgenommen werden. Um die neuen Einwohner auf zu halten, muss die Lebensqualität und die Servicequalität massiv gesteigert werden. Die 400 Leute, die jedes Jahr neu in die Stadt kommen, bleiben nicht lange und sie nehmen auch noch 100 Alteingesessene mit ... so könnte man überlegen, ob man den ZAV verlässt. Praktische Erfahrungen zeigten: Bis man eine Mülltonne erhält kann schon einmal ein halbes Jahr vergehen und an die zehn Kontaktversuche notwendig machen. Von den Kosten ganz zu schweigen. Die Containerdienste meiden alle den ZAV. Sie fahren nur ein paar Kilometer weiter, um teils nur 10% des ZAV Preises zu zahlen. +1.500.000 EUR p.A.</p>	<p>Kompetenzteam „Einwohner-Plus“ mit Experten schaffen, wobei diese dadurch für sich werben und gratis für die Stadt arbeiten</p> <p>Austritt aus dem ZAV</p>	<p><b>Kompetenzteam wird geprüft</b> ; Pol. Entsch. Seniorenbeirat Kinder- und Jugendparlament Barrierefreies LAT</p> <p>Austritt ZAV wurde bereits geprüft – rechtl. Nicht möglich</p>
03	05010199	<p><del>Desweiteren würde ich ehrenamtliche Leistungen mit vergünstigten Eintrittspreisen für die Eisbahn und das Schwimmbad/Sauna, für Minigolf und mit vergünstigten oder kostenlosen Busfahrten oder ähnlichem belohnen. Der Bus fährt für 7 Personen genauso wie für 10 Personen, ob im Schwimmbad 5 Personen mehr sind fällt auch nicht ins Gewicht. So gäbe es einen kleinen Anreiz sich für die Stadt zu engagieren. Die Stadt müsste regelmäßig eine Liste erstellen, welche Arbeiten ehrenamtlich erledigt werden sollen.</del></p>	<p><del>Vergünstigungen für ehrenamtliche Arbeit → Förderung des Ehrenamtes</del></p>	<p><del>Im Rahmen der Ehrenamts-card bereits möglich → Vogelsbergkreis</del></p>
03	05010199	<p><del>ehrenamtliche Arbeit (Betreuung der DGH, Mithilfe bei den KiTa) verstärken</del></p>	<p><del>Verstärkung ehrenamtliche Arbeit</del></p>	<p><del>Ist bereits angestoßen (DGH's)</del></p>
03	05010199	<p>gewerbliche Sponsoren suchen und langfristig für die soziale Arbeit der Stadt begeistern (Mäzenatentum)</p>	<p>soziale Arbeit durch gewerbl. Sponsoren</p>	<p>Träger sozialer Einrichtungen werben selbst spenden ein</p>

03	05010199	<p>Paten für Lehrstellen-Sucher: Viele junge Leute haben Probleme, einen Ausbildungsplatz zu bekommen oder sich in ihren neuen beruflichen Aufgaben zurechtzufinden. Auf der anderen Seite gibt es Senioren, die ihre langjährige Berufserfahrung und ihre guten Kontakte in der Arbeitswelt gern weiter nutzen würden. Die Idee: Diese Senioren nehmen ein „Patenkind“ an die Hand - bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, bei Problemen in der Firma, beim „Durchhalten“ in der nicht immer einfachen Lehrzeit. Koordinieren kann solch ein Modell der Vogelsbergkreis, mit Leben erfüllen können es die Bürger. Das Modell kann die wertvolle Arbeit der Übergang-coaches sinnvoll ergänzen. Sie werden damit keineswegs überflüssig. Die Vorteile: Junge Leute bekommen die nötige Unterstützung, ältere Menschen eine gute und sinnvolle Aufgabe und damit das Gefühl, dass sie noch gebraucht werden. Stadt Lauterbach kann dies positiv für Marketing nutzen.</p>	<p>Paten für Lehrstellensucher, Senioren helfen jungen Leuten</p>	<p>Beteiligung Seniorenbeirat</p>
04	02020201	<p><del>Reduzierung des Verkehrsschilderwaldes: Jedes nicht benötigte Schild entfernen spart langfristig Wartungskosten</del></p>	<p>Schilderreduzierung</p>	<p>Wird stetig geprüft</p>
04	02020201	<p><del>Wurde überprüft, ob Ampelanlagen im gesamten Stadtgebiet die ganze Nacht voll geschaltet werden müssen? Kann stattdessen eine Nacht- und Wochenendschaltung mit gelbem Blinklicht etabliert werden? (Zuständigkeitsfrage)</del></p>	<p><del>Abschalten von Verkehrsampeln – gelbes Blinklicht</del></p>	<p>Achtung: Verkehrssicherungspflicht! Es werden bereits teilweise, wenn möglich, Ampeln nachts abgeschaltet Antrag entsprochen</p>
04	02020202	<p>Anreize für weniger Autos und mehr Fahrräder in der Stadt: Wie? Deutliche Parkgebühren in der Kernstadt + kostenfreies Anwohnerparken Autos vom Marktplatz entfernen und Bäume pflanzen.</p>	<p>Parkgebühren freies Anwohnerparken Marktplatz ohne Autos</p>	<p>Pol. Entsch.</p>
04	02020202	<p>Mal eine verrückte Idee: Lauterbacher können jährlich im Voraus als Abonnement ein Parkticket für z.B. 50 € kaufen, das Parkgebühren / Parkscheibe ersetzt. Der Aufkleber kostet nicht viel und wird von innen an die Scheibe geklebt. Spart dem Ordnungsamt Arbeit und bringt einen relativ verlässlichen Haushaltsansatz aufgrund der vorschüssigen Zahlung - muss kalkuliert werden (bei 100 Bürgern bereits 5000 €, bei höherer Jahresgebühr entsprechend mehr</p>	<p>Pauschalen zum Parken für Lauterbacher</p>	<p>Pol. Entsch.</p>

04	02020202	Ebenfalls wäre es die Überlegung wert geringe Parkgebühren zu fordern, denn auch Kleinvieh macht Mist.	Geringe Parkgebühren	Pol. Beschlusslage sah eine sog. „Brötchentaste“ an Automaten vor. Vor dem Hintergrund der hierdurch entstehenden Mindererinnahmen und zusätzliche Kosten, wie u. a. Beschilderung, Abschreibung, Verwaltungsaufwand, kann die Einführung einer gebührenpflichtigen Parkraumbewirtschaftung nicht wirtschaftlich umgesetzt werden. Kompensation durch die Spielapparatesteuer.
04	02020202	Parkraumbewirtschaftungskonzept erstellen: Parkgebühren in der Innenstadt. Damit in der Innenstadt die Einzelhändler nicht Sturm dagegen laufen: Die ersten 20 Minuten 0 €, je weitere 20 Minuten 30 Cent, bis ein Höchstbetrag nach 240 Minuten (4 Stunden) von 3,30 € erreicht ist. Die Einzelhändler können ja ab einem gewissen Betrag die Parkgebühren erstatten. Parkgebühren Montag bis Freitag von 8:00 bis 20:00 Uhr und Samstag bis 18:00 Uhr. Besondere Parkkarten auf der Bleiche für Pendler ausgeben (preisgünstigerer Tarif)	Parkraumbewirtschaftung	
04	02020203	<del>zusätzliche Geschwindigkeitsmessenanlagen aufstellen (Fuldaer Straße, Dirlammer Straße, Ortsteile)</del>	<del>zusätzl. Geschwindigkeitsmessenanlagen</del>	Umgesetzt
04	02020203	<del>Einnahmen aus der Überwachung des fließenden Verkehrs: Verstärkte mobile Verkehrskontrollen dort wo hohes Verkehrsaufkommen herrscht und wahrnehmbar zu schnell gefahren wird: z.B. Dirlammer Straße, Rockelsgasse, Diese Messungen dienen primär der Erhöhung der Verkehrssicherheit. Einnahmen kommen den jeweiligen städtischen Haushalten zugute. Zur eigenständigen Messung Angebote zur Anschaffung von Messtechnik einholen, konkrete Zahlen über Einnahmen und Ausgaben zusammenstellen, Abwägung Vor- und Nachteile, Entscheidung über Kauf oder Miete</del>	<del>Verstärkte mobile Verkehrskontrollen</del>	Umgesetzt, wo rechtl. möglich

04	02020203	Vielleicht sollte Lauterbach im Rahmen der Verkehrsüberwachung an der Umgehungsstr. auch an Radarsäulen adäquat dem Modell in Angersbach (Betreiber stellt auf und die Stadt ist am Umsatz beteiligt) denken. Wenn hier über Einsparungen von 2.000 €/p.a. vereinzelt gedacht werden, dann sind solche Überlegungen sicherlich sinnvoll.	Radarüberwachung entspr. Modell Wartenberg – Fremdbetreiber, Umsatzbeteiligung	Umgesetzt
04	02020203	konsequent ständige technische Betriebsbereitschaft der Geschwindigkeitsmessanlagen herstellen	ständ. techn. Bereitschaft Geschwindigkeitsmessanlagen	Umgesetzt
04	02020299	Gibt es Nutzungsgebühren für gastronomische Außenflächen? Wie kann die Attraktivität des Marktplatzes durch die Einbindung der Gastronomie erhöht werden?	Nutzungsgebühr Außenflächen / Erhöhung Attraktivität Marktplatz	Ja, Nutzungsgebühr für Außenbewirtschaftung gibt es.
04	02020299	Tempo 30 in allen Straßen der Kernstadt, nicht weil sich das Pflaster so weniger abnutzt, sondern um Lärm und Emissionen zu reduzieren (Verbesserung städtisches Image → Umwelt, Ökologie etc.). Alle Schilder in der Innenstadt entfernen die dann nicht mehr benötigt werden. Allerdings sollte Einhaltung auch überwacht werden – es nutzt nichts, Tempo 30-Schilder aufzustellen und nie zu kontrollieren	Alle Straßen in der Kernstadt Tempo 30 – Schilderreduzierung	Rechtl. nicht möglich, lt. StVO gibt es genaue Regeln für eine Verkehrsbeschränkung
04	12070101	Analyse ÖPNV – Prüfung Bedarf und Auslastung. Alternativen durch kleinere Fahrzeuge (Sprinter) möglich? Vielleicht lasse sich mit kleineren Fahrzeugen Einsparungen erzielen, so dass etwaige Fehlstellen im Busnetz angeeignet werden können.	Optimierung ÖPNV	Wird geprüft

04	12070101	Das Einstellen des Stadtbusses ist sicher sinnvoll, das können Shuttle-Busse von Taxiunternehmen auch leisten. Woher sich sonst die Kosten für die Verkehrsflächen herleiten, ist mir unklar.	Einstellung des Stadtbusses	Reduzierung der Aufwendungen auf 30.000,-€ bereits erfolgt; Umstellung ist in 2015 zu diskutieren
04	12070101	<u>Stadtbus:</u> Ab 5:00 Uhr z. B Anfahrt Sonnenweg- Warum?- Fahrgäste gleich Null. Bus viel zu groß→ Spritfresser! <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kleinere Transporter einsetzen</li> <li>• Fahrzeiten ändern</li> </ul>	Kleinere Stadtbusse mit geänderten Fahrzeiten	
04	12070101	Seit Jahren beobachte ich, dass die Fahrten der „Kleinen Strolche“ auf bestimmten Linien und zu bestimmten Zeiten außerordentlich schwach frequentiert werden. Mit 1-2 Personen besetzte oder völlig leere „kleine (?) Strolche“ sind keine Seltenheit. Obwohl ich nicht weiß, wie und durch wen dieses Busnetz finanziert wird, kann es sich aber eigentlich nur um einen Zuschussbetrieb handeln, der möglicherweise für die Stadt Lauterbach einen ‚dicken Brocken‘ bedeutet. Die Frage ist, ob es auch hier Sparmöglichkeiten gibt, sei es durch den Wegfall wenig genutzter Strecken, durch Verringerung der Häufigkeit der Fahrten oder durch Fahrzeuge, die dem Aufkommen von der Größe her angepasst sind.	Sparmöglichkeiten Stadtbus prüfen: - Optimierung von - Strecken - Fahrzeiten - Größe der Busse	
05	02030199	Zukunftskonzept Brandschutz: Die Stadt Lauterbach verfügt wie alle anderen Städte über Feuerwehren mit mehrere Standorten in den Stadtteilen. Hierfür müssen Zuschüsse aus dem Haushalt der Stadt geleistet werden (Gefahrenabwehr). Die Standorte sind teilweise sanierungsbedürftig (Reuters), was einen hohe Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen bedeutet die zum Teil aus dem städtischen Haushalt finanziert werden müssen. Bei aller Wertschätzung für die Wichtigkeit der Aufgaben darf aber auch der Brandschutz nicht von der grundsätzlichen Überprüfung von Einsparungsmöglichkeiten ausgenommen werden	Einsparmöglichkeiten im Brandschutz prüfen	Bereits optimal umgesetzt

05	02030199	Gebührenverzeichnis Feuerwehren: Die Feuerwehr beklagt auf ihrer Homepage Einsätze als „Mädchen für Alles“. Wenn das so ist, dann sollten die Gebührensätze an marktübliche Preise angepasst werden. Derzeit kostet die Personalstunde bei Sicherheitseinsätze 9 Euro	Gebührenanpassung Brandschutz	Entspricht den Vorgaben der Mustersatzung des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes
05	02030199	Die Stadt Lauterbach sollte beauftragt werden, einen Bedarfs- und Entwicklungsplan erarbeiten zu lassen, das aufzeigt, wie sich der Brandschutz in den nächsten Jahren entwickeln soll. Dem Konzept ist u.a. eine Aufstellung beizufügen, die zeigt, wie sich die laufenden Einnahmen und Ausgaben als auch die von der Stadt zu finanzierenden Investitionsausgaben voraussichtlich entwickeln werden und welche Möglichkeiten zur Optimierung der Aufgabe Brandschutz umgesetzt werden können. Dabei sind auch die personellen Entwicklungen in den freiwilligen Feuerwehren zu berücksichtigen.	Bedarfs- und Entwicklungsplan erarbeiten lassen	Bereits erstellt
05	02030199	Zudem beschäftige ich mich aus privatem Interesse mit dem Thema Feuerwehr und verfolge dies so gut ich kann (. . . .) in der heutigen Zeit knapper Kassen werden Fahrzeuge und Ausrüstung im Überfluss gekauft (Notwendigkeitsprüfung) und falls notwendig dann auf andere Lösungsansätze zurück zu greifen wie z.B. mit Nachbarschaftlicher Zusammenarbeit oder Kreisebene-lösungen. Auch die Beschaffung des Gelenkmastfahrzeuges über die Stadtwerke, wir müssen das Wasser und den Strom teuer bezahlen, dass die Feuerwehr wie ein trotziges Kind ihr Spielzeug bekommt. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, die Feuerwehr ist sehr wichtig, aber es sollten die Finanzen auch hier sinnvoll und effizient genutzt werden...	Überprüfung der Beschaffungen im Feuerwehrbereich	Wird entsprechend dem Bedarfs- und Entwicklungsplan beachtet
06	04030101	Bücherei: Auch hier: Andere Preisgestaltung für Nicht-Lauterbacher möglich?	Andere Preise Bücherei für Nicht-Lauterbacher	Rechtl. nicht möglich

06	04030199	Die Bücherei könnte von der Stiftung betrieben werden. Als Startkapital spendet jeder Lauterbacher 100 Euro. Die Bücherei könnte alternativ auch in eine elektronische Bücherei umgewandelt werden. Der Aufbau eines entsprechenden Systems dürfte 50TEUR einmalig kosten. Man könnte die Lesegeräte verleihen, verkaufen und Bedürftigen kostenreduziert überlassen. Der Raumbedarf reduziert sich erheblich. Im Tourist-Center könnte das mit erledigt werden.	Bücherei in elektronische Bücherei umwandeln (Verleih, Verkauf von Geräten) ggf. in Tourist-Center integrieren	Teilweise umgesetzt
06	04040107	Auf Schmuck mit Weihnachtsbeleuchtung verzichten: Stattdessen die Bürger animieren, ihre Häuser im ganzen Stadtgebiet zu schmücken mit bunten Paketen, Sparsamen LED Beleuchtungen (werbewirksame Idee, Lauterbach Weihnachtsstadt, Einkaufsstadt)	Weihnachtsbeleuchtung den Bürgern überlassen, dazu animieren	Pol. Beschlusslage sieht derzeit den Istzustand vor
06	04040199	KulturMachtSinn: Vernetzung der Angebote ähnlich „Ab in die Mitte“ und Aufstellen eines Aktionsplanes für neue Highlights in der Stadt (Hainigfest, Bratwurstfest, Bürgermahl oder ähnliches.) > zielt ab auf Imagepflege	Vernetzung der kulturellen Angebote	Veranstaltungen im Veranstaltungskalender der Stadt (Homepage) / können dort auch vom Veranstalter selbst eingetragen werden
06	04040199	Alle Stadtführungen, Museumseintritte, Konzerteintritte werden mit einem Aufschlag von X belegt - z.B. bei Gruppenstadtführungen von 10 € - ("Solidaritätszuschlag"), der zweckgebunden als Einnahme für den Rettungsschirm verwendet wird. Hier dürften Einnahmen von 2000 bis 3000 € im Jahr möglich sein.	Preise für Stadtführungen, Museum, Konzerte erhöhen	→ Stadtführung – Verkehrsverein → Museum – Museumsverein → Konzerteintritte – priv. Veranstalter
06	06020199	Pseudo-Jugendarbeit sollte beendet werden.	Jugendarbeit beenden	Pol. Entsch.
06	06020199	Besser man beschäftigt einen Streetworker für die Problemgruppe. Die Kinder der in geordneten Verhältnissen lebenden Familien, finden immer eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Ein Versammlungsraum, nicht zu nah an bewohntem Gebiet, wäre für die Jugend dringlich. Hier ist die Zusammenarbeit mit TVL, Tennis-Clubs etc. zu intensivieren. Die Supervision könnte der Streetworker ebenso dabei übernehmen. Kosten des Streetworkers dürften auch aus dem Kreisetat zu bezuschussen sein, denn dieser ist in diesem Bereich eigentlich in der Pflicht.	Streetworker bezuschusst durch Kreis	Ggf. neue Zielrichtung? Pol. Entsch.

07	06010199	Kinder, Jugend und Familien Hier ist es richtig, die Konnexität wirklich einzufordern und einzuklagen. Bei schrumpfender Bevölkerung ist es wichtig, die Kinderfamilien in die Fläche zu locken. Daher ist dort das Einsparen auf Dauer kontraproduktiv.	Konnexität einfordern, ggf. einklagen	Mehreinnahmen durch Kinderförderungsgesetz ggü. der vorherigen Mindestverordnung
07	06040199	Vernetzung von Betreuungsangeboten Die Stadt sollte auf ihrer Internetseite auf Betreuungsangebote außerhalb der Kindertagesstätten aufmerksam machen, z.B. Tagesmütter, Krabbelstube, Babysitterangebot	Vernetzung von Betreuungsangeboten auf Homepage	Zuständige Stelle beim Vogelsbergkreis – Amt für Jugend, Familie und Sport – Verweis auf städt. Homepage ist vorhanden.
07	06040199	Kooperation zur Kinderbetreuung: Keine Reduzierung der Personalstunden sondern Kooperation mit der „verlässlichen Schule“ der Grundschule (Kostenträgerschaft klären, notfalls in Wiesbaden nachhaken)	Kooperation Kinderbetreuung mit Grundschule	Soll realisiert werden
07	06040199	Erhöhung Kostendeckungsgrad Kita's / Hort: Analog der Warteliste dürften die Kitas und der Hort ganzjährig ausgelastet sein, bzw. Es dürfte eine Unterdeckung bestehen. Es ist anzunehmen, dass die Stadt nachzuweisen hat, dass die eigenen Einnahmequellen angemessen ausgeschöpft sind. Welcher Kostendeckungsgrad ist hier zwingend zu erzielen? Kostengegenüberstellung pro Platz und Monat inkl. Personalkosten der kommunalen Kitas gegenüber freier Trägerschaft. Alsdann prüfen welche Einsparungsmöglichkeiten gegeben sind. Eltern über Elternbeiräte in Beratungen einbeziehen.	Erhöhung Kostendeckungsgrad KiTa's / Hort	Pol. Entsch.
07	06040199	Dann habe ich noch einen Vorschlag in Bezug auf die Kindergartenbeiträge. Hier könnte doch die Stadt Staffelpreise verlangen. Gutverdienende Familien zahlen die 33 %, Familien mit niedrigem Lohn zahlen die 20 %, wie bisher.	Elternbeiträge KiTa's Gutverdiener 33% Niedriger Lohn 20 %	Pol. Entsch.
07	06050299	Renovierung Spielplätze Sind Spielplätze nicht veraltet und defekt, fühlt sich kein Kind wohl. In solchen Fällen nicht den Bauhof einsetzen sondern den Anwohnern anbieten, die Materialkosten von Renovierungsarbeiten zu übernehmen.	Spielplatzinstandhaltung durch Bürger	Verkehrssicherungspflicht wird durch Stadt sichergestellt



07	08020199	Bandenwerbung auf dem Sportplatz der Adolf-Spieß-Halle anbieten, Einnahmen rund 1.000 € – 2.500 € pro Jahr möglich. Auch wenn diese Einnahmen evtl. dem TVL zufließen, mindert das die erforderlichen Zuschussleistungen der Stadt	Bandenwerbung am Sportplatz Adolf-Spieß-Halle	Landkreis ist Eigentümer
07	08020199	Nutzungsgebühr für Adolf-Spieß-Halle – kommt ggf. indirekt Stadt zugute	Nutzungsgebühr Adolf-Spieß-Halle an Stadt	Niesbrauchrecht des TVL, somit auch Erträge an TVL
07	08020199	Was ich heute schon kritisch in der Praxis sehe, ist, wenn noch mehr Verantwortlichkeit bei Stadt- oder Kreisaufgaben an die Vereine übergeben werden. Siehe Bsp. Großsporthalle: Der heutige Hausmeister am Wochenende ist als 400€ Kraft angestellt. Also 520 € pro Monat an Ausgaben für die Stadt. Wieso überhaupt die Stadt? Ich dachte, die Sporthalle ist auf den Kreis übertragen worden? Diese Kosten sind nun auch in der Einsparung aufgeführt. D.h., jeder bringt zukünftig sein eigenes Werkzeug mit, wenn Steckdosen wackeln, Wasserhähne tropfen, ....Das kann doch nicht unsere Zukunft sein? Hierbei sei die Liste von verantwortlichen Bürgern (Mitglieder der Badmintonabteilung des TVL) erwähnt, die z.B. die Hallenlinien in zweitägiger Eigenleistung und Bezahlung der Farben erneuert haben. Die Halle wird aber überwiegend unter Tage durch die Schulen genutzt. Allerdings rate ich jedem Stadtverordnetenmitglied sich einmal den Zustand der Sporthalle im Einzelnen anzuschauen. Und es soll nicht unerwähnt bleiben, dass seit über 2 Jahren schon die Vereine verantwortlich die Halle aufschließen und der letzte Hallennutzer auch wieder verantwortlich alles abschließt und ausschaltet. Nur wenn kein Geld mehr für 2 oder 4 Schrauben für die Umkleidebänke da ist, weil es keinen Hausmeister mehr gibt oder es ihn nicht interessiert, dann ist dies schon traurig.	Sporthallennutzung	Träger ist der Vogelsbergkreis

08	08010101	Den Pferdesport könnte man fördern. Die neusten Studien haben gezeigt, dass 95% der Reiter Freizeitreiter sind. Diese Nicht-Sportler sind ein unerschlossenes Potential. Werden sie richtig angesprochen, sind sie zu aktivieren. In Bad Hersfeld übernahm ich unter anderem das Marketing für das Bundespferdefestival und brachte 40.000 Besucher in die Stadt. Hotellerie und Gastronomie waren begeistert. Mit ein, zwei Hektar Fläche ginge das in Lauterbach auch (Bürger-Stiftung?) +30.000 EUR p.A.	Förderung Pferdesport  Festival durch Ansprechen und Aktivierung der Freizeitreiter	Förderung erfolgt bereits (Schuldendienstübern. Reit-/Fahrverein 270.000 €) Festival = pol. Entsch., grundsätzlich nicht Aufgabe der Stadt
08	08010102	Beteiligung der Stadtwerke an privat oder genossenschaftlich finanzierten alternativen Energieerzeugungsanlagen (siehe auch Energie)	Beteiligung an Energieerzeugungsanlagen durch Stadtwerke	Pol. Entsch.
08	08010102	Ebenso könnte man überlegen, ob die Stadtwerke mit einem Partner nicht ein große Biogasanlage realisieren können. Dies würde unsere Wirtschaft und Landwirtschaft stärken und nebenbei eine ökologisch einwandfreie Energieversorgung ermöglichen. Im Ebsdorfergrund wurde eine große Anlage mit einer Jahresleistung von 40.000.000 kWh gebaut. + 1.500.000 EUR p.A.	Bau einer größeren Biogasanlage	Pol. Entsch. Wirtschaftlicher Faktor
08	08010102	Nach Modell Ebsdorfergrund könnte man überlegen eine Biogasanlage zu bauen, welche das Schwimmbad heizt. +100.000 EUR p.A.	Biogasanlage zum Beheizen des Schwimmbades	Nicht umsetzbar
08	08010102	Die Stadtwerke sollen im Besitz der Stadt verbleiben. (viele Kommunen denken mittlerweile so, Stichwort Rückkauf siehe Stadt Berlin Wasser)	Stadtwerke in städt. Besitz lassen	Status quo
08	08010102	Prüfung Finanzierungen Stadtwerke (Stadt Lauterbach ist 100%-Gesellschafterin): Aus dem Beteiligungsbericht 2010 gehen hohe Darlehenszinsen hervor, die nicht der aktuellen Marktlage entsprechen	Überprüfung Finanzierung Stadtwerke	Findet statt
08	08010102	<u>Eishalle</u> Ohne die Initiative von Bürgern wäre auch dieses Projekt gescheitert. Die Eishalle war schon immer ein Publikumsmagnet und zieht Besucher an. Dies wiederum bringt Geld in die Kasse!		
08	08010102	Freizeitzentrum professionell ausrichten, um das Defizit mittelfristig erheblich zu senken. Ist dies nicht möglich, das Freizeitzentrum schließen	Freizeitzentrum Defizit senken, anders ausrichten, ggf. schließen	Wird praktiziert (Achtung: Zweckbindung Förderbescheid beachten)

08	08010102	Bessere Schwimmtarife anbieten z.B. 1,5 Stunden = 2,50 € (egal wann nicht nur abends nach 20 Uhr)	Schwimmtarife ändern	Umgesetzt
08	08010102	Freibad kurzfristiger öffnen/schließen je nach Wetterlage – ggf. am Anfang und Ende der Freibadsaison Hallenbad geöffnet lassen nur im „Hochsommer“ Hallenbad ein paar Wochen schließen	Geänderte Öffnungszeiten Frei-/Hallenbad	Umgesetzt
08	08010102	Hallenbadeintritte deutlich erhöhen und rund ums Jahr geöffnet halten. Dadurch bessere Auslastung.	Eintritt Hallenbad erhöhen/ ganzjährig öffnen	Umgesetzt
08	08010102	Wenn dies alles nicht hilft, dann Schließen an den Tagen der Woche, wo die Auslastung bisher nicht gut war.	Hallenbad tageweise (je nach Auslastung) schließen	Verlässlichkeit der angekündigten Öffnungszeiten
08	08010102	Um das Defizit im Bäderbereich zu verringern, sollten die Kosten für Einzeleintritte (Schwimmbad, sowie Sauna) deutlich angehoben werden. Mehrfachkarten dagegen (werden überwiegend von Einheimischen genutzt) sollten im Preis nur gering steigen, um die eigenen Bürger nicht über Gebühr zu belasten.	Eintrittspreise für Schwimmbad und Sauna erhöhen nur gering bei Mehrfachkarten	Umgesetzt
08	08010102	Ich habe die Preise der umliegenden Wellenbäder (nicht Hallenbäder) verglichen und festgestellt, dass unsere Welle erheblich zu günstig ist. Natürlich habe ich nur echte Konkurrenten verglichen und so z.B. das „Sieben Welten“ in Fulda nicht – wir können damit nicht konkurrieren. Man sollte den Eintrittspreis auf 7,50EUR / 4h anheben. Der Saunabereich ist auch viel zu günstig. Leider stehen mir keine Besucherzahlen zur Verfügung, so dass eine Schätzung schwer fällt. Ich habe sie deshalb niedrig angesetzt. + 25.000 EUR p.A.	Eintrittspreise für Schwimmbad und Sauna erhöhen	Umgesetzt
08	08010102	Schwimmbäder: Schließung des Freibades generell, oder an einen Investor verkaufen.	Schließung Freibades	Pol. Entsch., Achtung: Zweckbindung Förderbescheid
08	08010102	Mittelfristig versuchen, das Hallenbad zu privatisieren, auch unter Inkaufnahme von Buchverlusten. Vielleicht fällt dem Kreis als Schulträger dann endlich auf, dass er die Unterzentrums-Last-Diskussion auch auf seine Schultern nehmen muss.	Hallenbad privatisieren	Investorengespräche wurden bereits erfolglos geführt / Pol. Entsch.

08	08010102	Großes Sparpotential bietet unser Freizeitzentrum. Das Minus, dass die Stadt in den letzten 16 Jahren im Schnitt immer wieder im Ergebnis hatte, entspricht ziemlich genau dem Verlust des Freizeitentrums. Leider liegen keiner detaillierten Zahlen vor, um detaillierte Sparvorschläge machen zu können. Wenn man die Temperatur des Hallenbades nur um 2 Grad absenken würde, würde man bei geschätzten 2 Mio. Liter Wasser 844MWh p.A. sparen. + 42.000 EUR p.A.	Wassertemperatur des Hallenbades um 2°C senken	Senkung um 1°C hat zu massiven Protesten der Nutzer geführt
08	08010102	Insgesamt müssten im Freizeitzentrum aber noch weitere Einsparungen erreicht werden, um es sich weiter leisten zu können. Eine Privatisierung sollte auch geprüft werden. + 350.000 EUR p.A.	Prüfung der Privatisierung Freizeitzentrum	Investorengespräche wurden bereits erfolglos geführt / Pol. Entsch.
08	08010102	Hallenbad Welle in einen regionalen Zweckverband übertragen, alternativ: Auswärtige zahlen einen höheren Preis. Eintrittspreise prüfen.	Zweckverb. Schwimmbad Eintrittspreise prüfen	Zweckverband wurde Ende d. 80er aufgelöst
08	08010102	Für die riesigen Betriebskosten kann man locker einen Fahrdienst in die benachbarten Schwimmbäder anbieten, wenn die Schulen noch Schwimmunterricht geben wollen.	Schwimmunterricht für Schulen – Kreis als Schulträger	Kreis zahlt Obolus für Schulschwimmen ; anteilige Vergütung
08	08010102	Wenn man das Freibad einen Monat später öffnen würde, würde man nur auf die Frühschwimmer verzichten. + 85.000 EUR p.A.	Freibad einen Monat später öffnen	Pol. Entsch., umgesetzt, öffnet im Vergl. zu anderen Bädern später
08	08010102	Vorschlag für das Freizeitzentrum – Tageskarten anbieten	Tageskarten Freizeitzentrum	Wird durch Zuschlag ermöglicht
08	08010102	Mehr Veranstaltungen in Frei- und Hallenbad anbieten	Mehr Veranstaltungen in Frei- und Hallenbad anbieten	Umgesetzt
08	08010102	Das Freizeitzentrum ist aus meiner Sicht ein wichtiger Bestandteil des Tourismus in Lauterbach – da es durch die Querverbindungen mit den Stadtwerken ein gesamt Paket bildet (Spaßbad bis 2018 durch EU Fördermittel gesichert nur mit erheblichen Kosten zu schließen). Die Preise sollten nicht erhöht werden da Lauterbach im Wettbewerb mit anderen Gemeinden steht. Man sollte durch mehr Angebote den Anreiz das Freizeitzentrum zu besuchen erhöhen. (Bsp. Seniorenschwimmen durchgeführt durch den Seniorenbeirat, besondere Saunaabende usw.).	Nicht Preise im Freizeitzentrum, sondern Angebote für den Anreiz erhöhen.	Umgesetzt

08	08010102	Attraktivität Hallenbad Welle: Besondere Bade-/Spielzeiten für Familien mit Kindern einrichten, aufblasbares Schwimmgerüst zum Klettern anschaffen (Beispiel Kelsterbach – Sparkassen-Seestern). Bessere Internetpräsenz. Angebot für Kurse z.B. Aqua-Fit Reha, Aqua-Fit im Alter Kurs, etc.	Besondere Bade-/ Spielzeiten für Familien  Kursangebote	Umgesetzt
09	01010803	Werbung an Laternen oder markanten Straßenstellen: Bevorzugt tangierte Straßenstellen oder Laternen konnten in einem Schwung an ein Werbeunternehmen vermietet werden, das eine stadtweite Werbung betreibt	Straßenstellen oder Laternen an Werbeunternehmen vermieten	Wird im Rahmen der Sondernutzungs- satzung praktiziert und weiter umgesetzt
09	01010803	Stadt und eine ortsansässige Bank gründen eine Bürger-Solar-Genossenschaft. In diese Genossenschaft kann sich jeder Bürger mit max. 15.000 Euro einkaufen. Die Bürger und die Stadt können der Genossenschaft Dachflächen für Photovoltaik zur Pacht anbieten. Die Genossenschaft kümmert sich um die komplette Abwicklung – der Verpächter kassiert. Installierte man nur 6 MW/peak würde der auf 2 Jahre zugesicherte Ertrag bei 933TEUR p.A. liegen. Zins und Tilgung ca. bei 390TEUR. Die Panels kauft man über den Großhandel ein – bei den Mengen kann man die Panels per Container aus China holen. Der Großhändler wird animiert eine selbstständige Zweigstelle in Lauterbach zu gründen, so bleibt die Gewerbesteuer zusätzlich an Ort und Stelle. Ausführend können die örtlichen Solartechniker sein.	Solargenossenschaft mit ortsansässiger Bank gründen - Dachflächen verpachten (sowohl Bürger als auch Stadt) - Großunternehmer für Panels zur Niederlassung in Lauterbach animieren	Realisierungschance ? im Bereich Kulturdenk- mäler /Ensemble- schutz nicht mögl., Prüfung ist erfolgt, geeignet: DGH Heblös nach erfolgter Dachsanierung  Bei städt. Liegen- schaften bereits umgesetzt
09	01010803	Genauso könnte man mit der Wind-Energie verfahren. Eine Bürger-Genossenschaft, die die Bürger auch finanziell beteiligt. So könnte man Akzeptanz bekommen. Kalkuliert man z.B. drei 0,9MW Anlagen mit einer Investitionssumme von 2,25 Mio. Euro, finanziert + schüttet noch aus, so verbleiben: +75.000 EUR p.A.	Bürger-Genossenschaft gründen zur finanziellen Beteiligung an Windkraft	Durch Private (z.B. Banken, Genossen- schaften) abgedeckt
09	01010803	Die Windenergie mit Beteiligung der Bürger ist sinnvoll (ohne den Vogelsberg noch mehr zu verschandeln, ausgesucht Standorte und durch leistungsstarke Anlagen, Photovoltaikanlagen sind Unsinn. Da kann man auch Ananas am Nordpol züchten)	Bürgerbeteiligung Windkraft Keine Photovoltaikan- lagen	

09	01010803	<p>Bei meiner Recherche innerhalb der statistischen Daten der Stadt Lauterbach stieß ich unter <a href="http://www.hessen-flaecheninfo.de">www.hessen-flaecheninfo.de</a> (Herausgeber die HA Hessen Agentur GmbH) auf ein Industriegebiet (GE) in Lauterbach, das seit Jahrzehnten nicht genutzt wird. Am "Alte Berg" sollen 55.766 m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen. Ich schlage vor dort einen Photovoltaikpark zu bauen, ähnlich dem in Müs. Dieser ist innerhalb weniger Monate realisierbar und bringt umgehend Ertrag. Dieser Park könnte in ein Photovoltaik-Konzept mit einer Bürger-Solar-Genossenschaft eingebunden werden.</p> <p>Überschlagsmäßig kalkuliert: Auf den 55.766 m<sup>2</sup> könnte man poly- oder monocrystalline Solarmodule in statischem Ständer platzieren. Das Gelände liegt in Südrichtung und steigt auch noch leicht an. Das Umspannwerk ist in der Nähe. Viel optimaler geht es nicht. Evt. wäre eine Nachführeinrichtung sinnvoll – das müssten die Spezialisten berechnen. Kalkuliert man mit monocrystallinen Modulen, könnte man einen Park mit einer Leistung von 12.000 kWh (12 MW) peak realisieren (wegen EEG ggf. nur 10MW). Diese Anlage hätte eine Tagesleistung von mindestens 28.700 kWh. Damit könnten über 3.000 Vier-Personen-Haushalte versorgt werden. D.h. da ja nur tagsüber direkt geliefert werden kann, dürfte die komplette Stadt zu versorgen sein. Pro kW/peak muss man max. 1.000 Euro rechnen. Darin enthalten sind Umzäunung, Trafoanlage, Wechselrichter, usw. Die Einspeisevergütung je kW/p für Freiflächenanlagen bis 10MW liegt ab dem 01.01.2013 bei 12,15 Cent. Geht man davon aus, dass mindestens 2/3 des Ertrags über die Stadtwerke direkt an die Endkunden geliefert werden kann, würde man dort 20 Cent erwirtschaften. Nur den Überschuss müsste man dann für 12,15 Cent einspeisen.</p> <p>Investition / Kalkulation:  12 Mio. Euro - finanziert auf 25 Jahre = Tilgung 480.000 p.A.  Ertrag 10,5 Mio. kWh p.A.  2/3 zu 0,20 Euro = 1,4Mio. Euro  + 1/3 zu 0,125 Euro = 437.500 Euro  Summe monet. Ertrag = 1,8375 Mio. Euro  Zinssatz 2,65% = 318.000 Euro (1. Jahr / 12 Mio.)  Instandhaltung / Betrieb = 50.000 Euro p.A.  Ergebnis: 0,9895 Mio. Euro. — Realisierungszeitraum = 6 Monate.</p> <p>Dies würde nicht nur alle Haushalte Lauterbachs mit sauberen Strom versorgen, sondern auch das Defizit des Freizeitentrums komplett ersetzen. Ein Zuschuss der Stadt an die Stadtwerke wäre überflüssig und würde schon 2013 erheblich geringer ausfallen. Diese Anlage würde die schon vorgeschlagene Bürgersolar ergänzen. Die Bürgersolar könnte eine Leistung von 6MW erreichen. Am Vaitsberg könnten nochmals 4-6MW gebaut werden. Eine ordentliche Verteilung in den Stromnetzen wäre gewährleistet. Die Gesamtleistung aller Anlagen würde Lauterbach stromautark machen und schlussendlich je Jahr an die 2 Mio. Euro in die Stadtkasse spülen.</p>	<p>Errichtung Photovoltaikpark „Alteberg“</p>	<p>Solarpark ist im Rahmen der städtebaulichen Planung im Bereich Ellteich und Eisenbach möglich</p>
----	----------	---	---	--

09	01010803	Eine weitere, ungenutzte Einnahmenquelle sind die stadteigenen Dächer. Die beste Lösung langfristig wäre der stadteigene Betrieb von Fotovoltaikanlagen. Da dies aus fiskalischen Gründen wahrscheinlich nicht realisierbar ist, kommt jedoch eine Verpachtung der städtischen Dachflächen an regionale Kooperationspartner wie z.B. EGV oder Egenos. Wetterau zur Montage von Fotovoltaikanlagen in Betracht. Dadurch lassen sich langfristige Einnahmen aus Verpachtung erzielen.	Photovoltaikanlagen auf stadteigene Dächer - ggf. Verpachtung an einen Kooperationspartner	Im Bereich Kulturdenkmäler/Ensembleschutz nicht mögl., Prüfung ist erfolgt, geeignet: DGH Heblös nach erfolgter Dachsanierung
09	01010805	<del>Bezüglich der geplanten Rathaussanierung in Verbindung mit der Anmietung des AKA's müsste die derzeit im Raum stehende Miete von 135.000,00 € pro Jahr vor dem Hintergrund eines Quadratmeterpreises von 10,50 € nachverhandelt werden.</del>	Nachverhandlungen Quadratmeterpreis Miete AKA	Gebäude AKA ist nicht mehr Gegenstand der Rathaussanierung
09	01010805	Durch Eigenleistungen können die Kosten bei der Rathaussanierung erheblich gesenkt werden. Beispiel: In den '70 ziger und '80 ziger Jahren wurden viele Dorfgemeinschaftshäuser zum Großteil in Eigenleistung erstellt. In einer großangelegten Aktion zur "Bürgerbeteiligung Rathaussanierung" wären viele Bürgerinnen, Bürger und Geschäftsleute zu begeistern um selbst Hand anzulegen oder vielleicht auch Sachmitte zu spenden. Es wäre gut wenn sich die Politiker tatkräftig einbringen würden, der Bürgermeister z.B. den alten Putz abklopft, die Stadträte den Putz anrühren und die Stadtverordneten die Tapeten aufkleben! Das ganze unter Anleitung von erfahrenen Fachleuten. Könnte ein gutes Beispiel für pragmatische Zusammenarbeit sein und würde andere zum aktiven Mitarbeiten motivieren.	Rathaussanierung mit Eigenleistung	Realisierungschancen ? Ist im Rahmen der Planung zu prüfen
09	01010805	Energetische Sanierung Rathaus: Die Umsetzung des bereits vorgestellten Konzeptes zur Rathaussanierung dürfte bei erwartetem geringerem Energieverbrauch eine dauerhafte Aufwandsminderung jährlich ergeben.	Energetische Rathaussanierung	Umsetzung durch Rathaussanierung
09	01010805	Rathaussanierung – Nach den Aussagen auf der Bürgerversammlung wurde hier für einen relativ hohen Quadratmeterpreis die seit Jahren leerstehende AKA-Fläche angemietet. Wurde gerade vor dem Hintergrund der Schutzschirmdebatte die Alternative altes Amtsgericht geprüft? Was steht der Anmietung dieser Fläche vom Land entgegen?	Anmietung des alten Amtsgerichtes alternativ zum AKA	Investor plant altersgerechte Wohnungen (LA 08.03.2014)

09 /	01010899 /	<p>Wärmerückgewinnung aus Abwasser: Wirkung: Investition zum Sparen</p> <p>Einbau von Therm-Liner in Hauptabwasserkanäle: Abwasser fließt täglich in großen Mengen als "Abfall" - Produkt durch die städtischen Kanalisationsnetze. In diesem Abwasser steckt eine enorme Energiemenge, die zur Beheizung oder Kühlung von Gebäuden genutzt werden kann. Das Abwasser überströmt das am Boden des Kanals montierte Therm-Liner-System. Die so gewonnene Energie wird zur Heizzentrale weitergeleitet und mittels Wärmepumpentechnik auf dem gewünschten Niveau verwertet.</p> <p>Wirtschaftlicher Nutzen: Die Zielgruppe der Energienutzer liegt im Bedarfsbereich ab 70 Kilowatt (kW) Nutzleistung. Dies entspricht einer benötigten Abwassermenge von etwa 15 Litern je Sekunde. Die erreichbare jährliche Energieeinsparung liegt bei bis zu 50%. Durch die überschaubaren Investitionskosten von den 2 bis 3fachen eines konventionellen Energiesystems ergeben sich sehr kurze Amortisationszeiten. Potenzielle Energienutzer können sein: Kommunale Gebäude, Schulen, Sporthallen, Wohnanlagen, Verwaltungsgebäude, Industrieanlagen, Fern- und Nahwärmenetze</p> <p>Ökologischer Nutzen: Die Vermeidung von fossiler Brennstoffnutzung bei Nutzung der Energie aus Abwasser verursacht eine erhebliche CO2 Reduktion. Die Größenordnung der damit verbundenen Substitution von Öl oder Gas liegt im Bereich von bis zu 70%.</p> <p>Wertstoff Abwasser: Laut EEWärmegegesetz vom 18.10.2007 ergibt sich eine "Nutzungspflicht" nach § 4/3 für die Verwertung von Umweltenergie (dem Gewässer entnommene Wärme").</p>	Wärmerückgewinnung aus Abwasser	Wurde bereits im Rahmen der Energieeffizienzanalyse geprüft. Zufluss ist zu gering.
09	01010899	Miet-/Pachthöhen müssen ortsangemessen sein – sowohl was die Anmietung wie auch die Vermietung durch die Stadt angeht. Erhöhung der Miet- und Pachtsätze für städtische Grundstücke, Garagen und Einstellplätze: Es sollte eine Anpassung der Miet- und Pachtsätze zur Ertragssteigerung überprüft werden	Mietpreis- und Pachtpassung	Ist bereits Bestandteil des Schutzschirmantrages und wird umgesetzt
09	01010899	Mitnutzungsrechte an Grundstücken: Grundsätzlich werden für alle Grundstücksnutzungen durch Dritte Entgelte erhoben	Entgelte für Grundstücksnutzung durch Dritte	Wird im Rahmen der Mieten und Pachten umgesetzt



09	01010899	Für die öffentlichen Gebäude könnte ein Energieberater engagiert werden. Diese Energieberater arbeiten ergebnisorientiert und damit zu Beginn kostenfrei. In der Regel erhalten sie 50% der bewirkten Ersparnis von zwei Folgejahren (Verhandlungssache). Alleine im Rathaus (Marktplatz 12-14) werden 100.000 kWh p.A. an Strom verbraucht. Ein enormes Sparpotential. + 35.000 EUR p.A.	Energieberater engagieren	Energieeffizienzgutachten / Klimaschutzteilkonzept ist bereits erstellt, Umsetzung erfolgt stufenweise
09	01010899	Heizkosteneinsparung durch Energieberatung: In öffentlichen Gebäuden sollten durch einen Energieberater geprüft werden, welche organisatorischen oder technischen Maßnahmen erforderlich sind um z.B. durch eine flexible Temperaturregelung oder ähnliche Maßnahmen Heizkosten einzusparen. Energieberater sind in Lauterbach vorhanden. Gegebenenfalls übernehmen diese eine Beratung wenn dafür auf der Internetseite für die Berater Werbung gemacht wird	Heizkostenprüfung durch Energieberater	
09	01010899	Die Energiekosten langfristig reduzieren durch Wärmepumpen und Erdwärmeanlage.	Energiekosten senken durch Wärmepumpen/ Erdwärme	
09	01010899	Kostenreduzierung Strom / Heizung: Welche langfristigen Einsparpotentiale entstehen, wenn für alle öffentlichen Gebäude und von der Stadt bezuschussten Betriebe (Bauhof, Rathaus, Schwimmbad, Schulen, Kindergärten, Sozialwohnungen, etc.) Solar bzw. Photovoltaikanlagen installiert werden? Der Ausbau könnte über Anteilscheine finanziert werden, die an Bürger ausgegeben werden	Kostenreduzierung Strom / Heizung	
09	01010899	Auffallend sind die hohen Energiekosten (Strom- und Wärme). Durch eine Energieberatung und -analyse lassen sich sicherlich Kosten einsparen. Diese zielt auf eine Veränderung des Nutzungsverhaltens, als auch auf technische Änderungen (intelligente Schaltungen, Zeitsteuerungen, Wärmedämmung, etc.) im Sinne der Energieeffizienzsteigerung. Die Energieanalyse erscheint mir als eine hervorragende Investition, um Energie und Kosten einzusparen.	technische Änderungen im Sinne der Energieeffizienzsteigerung	

09	01010899	Es hat mir den Anschein - nach Durchsicht des Haushalts-Entwurfs 2012/2013 -, als ob die Stadt einen recht hohen Preis pro kWh Strom bezahlt. Dieser Geldtransfer zu den Stadtwerken macht vielleicht keinen Sinn. + 50.000 EUR p.A.	Überprüfung der Stromkosten an die Stadtwerke	
09	01010899	<del>Wartung nur nach Bedarf: Eine Plattform einrichten, auf der Bürger defekte oder in die Jahre gekommenes öffentliches Eigentum melden können, eventuell lassen sich so allgemeine Wartungsverträge vermeiden?</del>	Plattform zum Melden von defektem oder „veraltetem“ öffentlichem Eigentum	Bereits durch Bürgeranliegen im Bürgerbüro mögl., Verkehrs-sicherungspflicht
09	09010101	Stadtumbau: Die Bleiche ist eine wertvolle innerstädtische Fläche. Entwicklung der Bleiche als innerstädtisches Baugebiet für altersgerechtes Wohnen, Auslobung eines Investorenwettbewerbes. Mit den Erlösen sollte der Aufkauf und Abbruch sämtlicher Liegenschaften am Brennerwasser realisiert werden, sofern das die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse und Interessenlagen zulassen. Verlegung des Prämienmarktes an das Brennerwasser	Bleiche – innerstädtisches Baugebiet	Teilweise Hochwasser-schutzgebiet, Parkplätze, Kanal Pol.Entsch.
09	<del>10030101</del>	<del>Reduzierung Zuschuss Museum: Eintrittspreise erhöhen, stärkere Nutzung der musealen Gebäude durch intensiveres Bespielen z.B. mit Konzerten und Empfängen würde zu einer Verbesserung des Kostendeckungsgrades beitragen. Attraktives Angebot. Räume gegen Gebühren zur Nutzung für private Veranstaltungen anbieten, des Weiteren gilt es das ehrenamtliche Engagement aktiver anzusprechen und auszubauen.</del>	Reduzierung Museumszuschuss  Veranstaltungen / Eintrittspreise Museum	Pol. Entsch. Direkter Zuschuss wird nicht gezahlt → Gebäudeunterhalt. Zuständigkeit beim Museumsverein
10	11020199	Einführung der Oberflächenwasserabgabe, aber ohne Anrechnung auf die Abwassergebühr. Z.B. im Saarland ist das schon lange üblich. Da wird für alle bebauten Grundstücke pro qm eine Gebühr erhoben, die mit den kommunalen Abgaben eingezogen wird. Das sind für 800 qm circa 200.- E/Jahr. ( Link: <a href="http://www.zke-sb.de/de/abwasser/gebuehren_und_satzungen/abwassergebuehrensatzung">http://www.zke-sb.de/de/abwasser/gebuehren_und_satzungen/abwassergebuehrensatzung</a> ) Die Begründungen sind in dem Link gut erklärt. Das nicht versickerbare Oberflächenwasser landet ja im Kanal. Die Gemeinde Grebenhain hat dafür ein aufwändiges Erfassungsverfahren eingeführt, das aber auf Dauer eine stetige Einnahmequelle der Kommune begründet.	Einführung Oberflächenwasser-abgabe	Stadt nimmt von Forderung nach absoluter Gerechtigkeit Abstand Hoher Verwaltungsaufw., Vorlaufkosten 300.000,-€, Gebühr wird insg. Höher Pol. Entsch.

10	11020199	Erhöhung des Wasser- und Abwasserpreise, moderat in Stufen, jedoch ohne irgendwelche Großverbrauchernachlässe dabei zu geben.	Erhöhung der Wasser-/ Abwasserpreise	<p>→ Wasser: Anpassung nur im Rahmen der kartellrechtlichen Vorgaben mögl. (= Kostendeckung)</p> <p>→ Abwasser: gem. KAG nur Kostendeckung, mittelfristig Anpassung um 0,10€/m<sup>3</sup> denkbar</p>
11	12010101	<p>Auch zukünftig müssen in Lauterbach Straßen und Bürgersteige saniert werden. Die Bürger werden hier mit den Anliegergebühren zur Mitfinanzierung herangezogen. Diese Anliegergebühren sind für die Stadt unverzichtbar. Jedoch sind viele Hausbesitzer ebenfalls durch ständig steigende Nebenkosten (Heizung, Strom, Wasser, Müllentsorgung) und Hausunterhaltung finanziell unter Druck und müssen sparen. Insbesondere Familien mit Kindern, Rentnern und Kleinverdienern fällt es schwer hohe Anliegergebühren, die sich im vier- bis fünfstelligen Betrag bewegen können, zu bezahlen. Nicht selten müssen die Betroffenen Stundungen oder Ratenzahlung beantragen. Einige sahen sich in der Vergangenheit mit der Situation konfrontiert, ihr mühsam erarbeitetes und erspartes Haus oder Grundstück veräußern zu müssen, wie man Presseberichten entnehmen konnte. Mein Vorschlag wäre, von den Haus- und Grundstücksbesitzern in Lauterbach eine jährliche pauschale Anliegergebühr zu erheben und dafür auf einmalige Anliegergebühren im Fall von Straßen- und Gehsteigerneuerungen zu verzichten. Dies hätte für die Stadt und die Bürger gleichermaßen Vorteile (win-win-Situation). Die Stadt bekäme einen regelmäßigen jährlichen finanziellen Beitrag der Bürger für Sanierungsmaßnahmen, der nur zweckgebunden einzusetzen ist, mit dem die Stadt aber im Voraus kalkulieren kann. Die Bürger wären von teilweise sehr großen einmaligen Beträgen befreit und können ihrerseits wesentlich zuverlässiger mit einer jährlichen relativ geringen Gebühr kalkulieren. Mit einer solchen Maßnahme ließe sich für eine bürgerfreundliche Stadt werben.</p>	<p>Jährlich eine pauschale Anliegergebühr für Straßensanierungen, auch um Anliegergebühren für jeden zahlbar zu machen (große Summen vermeiden)</p> <p>In Südhessen, die seither überhaupt noch keine Straßenbeitragsatzung hatten, erheben nun wiederkehrende Straßenbeiträge. In Lauterbach werden seit 25 Jahren einmalige Straßenbeiträge erhoben. Die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge wird als problematisch angesehen.</p>	<p>In Hessen ist inzwischen durch die Novellierung KAG zum 1.1.13 die rechtl. Grundlage zur Erhebung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen geschaffen worden. Hierdurch wird Gemeinden die zusätzl. Option eröffnet, diese alternativ zu den einmaligen Straßenbeiträgen zu erheben. Vor allem Gemeinden</p>

11	12010103	Den späteren Einsatz von LEDs in der Straßenraumbeleuchtung finde ich, auch im Rahmen der dann sehr wahrscheinlich günstigeren Technik, absolut in Ordnung.	LED-Straßenbeleuchtung in-Voraussicht auf spätere günstigere Technik	Rückgabe Bewilligungsbescheid; Defizitreduzierung um 1 Mio.€; wird im Rahmen der laufenden Unterhaltung umgesetzt
11	12010103	Die Straßen-Laternen sind teilweise mit Fassungen für Standard-Leuchtmittel (E27) ausgestattet. Hier und vielleicht auch an anderen Stellen könnten sukzessive LED-Leuchtmittel eingesetzt (OSRAM / Philips) und so eine Ersparnis von 80% erreicht werden. + 30.000 EUR p.A.	Einsatz von LED-Leuchtmittel	
11	12010103	Jede zweite Laterne sollte ausgeschaltet werden. Die meisten Gebäude sind mit Bewegungsmelder-Leuchten ausgestattet. Geschätzt verbrauchen die 1.550 Laternen der Stadt 600.000 kWh/p.A. – faktisch ist eine 50%ige Ersparnis zu erreichen. Ggf. könnten die Laternen auch gestaffelt ausgeschaltet werden. Ab 22.00 jede Zweite, ab 00.00 alle und ab 04.30 wieder jede Zweite aktiviert. Teilweise leuchten die Laternen im Winter auch tagsüber. Ein Fehler, oder Absicht? + 65.000 EUR p.A.	Jede zweite Straßenlaterne ausschalten	In der Vergangenheit wurde bereits jede zweite Birne in der Laterne ausgeschaltet →Achtung: Verkehrs-sicherungspflicht!
11	12010103	Straßen-, Weg-, Park- und Parkplatzbeleuchtung: Abschalten zwischen 01:00 und 05:00 Uhr, Umstellung auf Bewegungsmelder (falls rechtlich und technisch möglich)	Abschalten von Beleuchtung, Bewegungsmelder	Achtung: Verkehrs-sicherungspflicht! Investitionskosten
11	12010199	Diese Pflasterstreifen in den Fahrbahnen, die ständig erneuert werden müssen, können durch Bitumeneinbau ersetzt werden. 1. Geräuschpegel entfällt — 2. Kostenersparnis	Pflasterstreifen in Fahrbahnen ersetzen	Alternative: Verfübung Wird Zug um Zug umgesetzt
11	12010199	<u>Straßenbau</u> Seit 52 Jahren hat die Straße Rimlos-Lauterbach gereicht. Jetzt wird Geld in eine Straße am Südbahnhof gesteckt. Wenn gespart werden muss, dann auch an solchen Stellen.	Einsparung beim Bau neuer Straßen	Achtung: Verkehrs-sicherungspflicht!
11	12040199	Verzicht auf einen Kreisel an der Umgehungsstraße / Ecke Bahnhofstraße. Stattdessen die Ampelsteuerung optimieren und einen grünen Rechtsabbiegerpfeil einführen.	Kein Kreisel Umgehungs-/Bahnhofstraße → Optimierung Ampelsteuerung	Kostenträger Bund (Anregung wird weitergegeben) – Kreisel derzeit nicht finanzierbar seitens der Stadt
12	13040299	Viele Stücke des Waldes sind unverkäuflich. Daher könnte man den Stadtwald an Riedesel verpachten (und sei es für einen Euro), statt ihn zu verkaufen. Riedesel könnte ihn bewirtschaften. + 50.000 EUR p.A.	Stadtwald an Riedesel verpachten	Pol. Entsch.

12	13040299	<p>Die Mountain Biker haben sich hessenweit ziemlichen Ärger eingehandelt – insbesondere die Down-Hill Fahrer. Das neue und verschärfte, hessische WaldG wurde hauptsächlich wegen der Mountain-Biker notwendig. Hier hat sich ein Bedarf entwickelt, den man als erste Gemeinde decken könnte. Ein schön hügeliges und großes Stück Stadtwald aufheben, zu einem Down-Hill-Mountain-Bike Mekka machen und es offensiv, touristisch vermarkten. +35.000 EUR p.A.</p> <p><u>Nachtrag:</u> selbstverständlich kann die Stadt das WaldG des Landes nicht aufheben – die überarbeitete Variante ist jetzt auch schon recht gelungen. Doch statt anderen Gemeinden mit Verboten zu folgen, könnte man die nun deutlich erkennbare, touristische Lücke nutzen und ein Alleinstellungsmerkmal für die Stadt schaffen.</p>	Hessisches Waldgesetz für Teile des Stadtwaldes für Down-Hill-Mountain-biker aufheben	Aufhebung Hess. Waldgesetz nicht möglich
14	12050102	Einkauf von Streusalz für den Winter 2012/2013 einsparen und Satzung der Stadt von 1963 ändern. Einsatz von Streusalz grundsätzlich verbieten. Es geht auch mit Split streuen. Großstädte wie Hamburg haben das Salz verboten. Die Räumpflicht bleibt erhalten. Das Salz belastet die Kläranlagen und letztendlich die Flüsse	Streusalz einsparen → durch Satzungsänderung grundsätzlich verbieten	Technische Einrichtungen so optimiert, dass nur eine geringe Menge Salz gestreut wird. Fachgerechte Entsorgung von Split ist wesentlich teurer.
14	12050102	Eingeschränkter Winterdienst: Durch einen eingeschränkten Winterdienst, wie ihn zahlreiche Städte und Gemeinden seit vielen Jahren praktizieren, läßt sich ein Großteil der Kosten für Streusalz und der für die Ausbringung anfallenden Personalkosten einsparen. Konkret wird nach Erklärung des eingeschränkten Winterdienstes im Stadtgebiet nur noch an steilen oder gefahrenträchtigen Stellen und Straßen geräumt und gestreut. Zusätzlich werden Schäden durch Salz verringert.	Eingeschränkter Winterdienst (Streusalz sparen / Schäden durch Salz verringern)	Achtung: Verkehrssicherungspflicht bei Hauptverkehrsstraßen
14	15020301	Kostenreduzierung Bauhof: Geräteanschaffungen sind teuer. Vielleicht könnte eine Kooperation von städtischen Bauhöfen zur Kostensenkung beitragen. Gerätschaften könnten gemeinsam angeschafft und genutzt werden, Wartungskosten so reduziert werden. Vielleicht wäre dies auch auf andere Bereiche übertragbar (z.B. Bücherei)	Kooperation von Bauhöfen	Wird geprüft / bereits praktiziert (Kehrmaschine, Hubsteiger)

14	15020301	Den Bauhof könnte man mit dem Bauhof Wartenberg zusammenlegen, sofern die das wollen. Nach dem Beispiel Ebsdorfergrund könnte der Bauhof (der dort Servicehof heißt) eine neue Aufgabenzuteilung bekommen. Ein enormes Einsparpotential. + 500.000 EUR p.A.	Zusammenlegung des Bauhofes mit dem Bauhof Wartenberg	Nach Auffassung der Gemeinde Wartenberg führt eine Zusammenlegung nicht automatisch zu Kosteneinsparungen; evtl. Synergieeffekte heben sich u.a. durch längere Anfahrtswege u. größeren Organisationsaufwand auf; Bei anstehenden größeren Investitionen (Maschinen o.ä.) erfolgt frühzeitige Kontaktaufnahme und Prüfung
14	15020301	Städtischen Bauhof und Stadtwerke zusammenführen: Erwartete Vorteile eines zusammengefassten Dienstleistungsbetriebes: synergetische Nutzung personeller und gerätetechnischer Ressourcen, Kostenreduzierung durch Bedarfskonsolidierung, in Buchhaltung weniger Abrechnungsposten, Übertragung städtischer Liegenschaften an Stadtwerke und Abrechnung Instandhaltungs- und Wartungskosten im Eigenbetrieb u.a. durch Einsatz Bauhof-Mitarbeiter („Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile“)	Zusammenführung von Bauhof und Stadtwerken  Übertragung Liegenschaften an Stadtwerke	Wird im Rahmen des §121 HGO bereits praktiziert Leistungen der Stadtwerke führen zur MwSt-Pflicht, die dann eine Kostensteigerung mit sich brächte / Ein Großteil städt. Liegenschaften ist bereits an die Heimstätten Baugesellschaft veräußert worden (Ausnahme: Gemeinschaftseinrichtungen, u.a. DGH's, Feuerwehr, Grillplätze)

14	15020302	Die Stadtgärtnerei sollte geschlossen werden. Die wirklich notwendige Pflege der Grünanlagen vor öffentlichen Gebäuden kann die Rest-Gärtnerei integriert im Bauhof erledigen, oder es kann extern vergeben werden. Es sollte durchgerechnet werden, ob die Vorhaltung von Maschinenpark und Material sich gegenüber einer Fremdvergabe lohnt. In den Wohngebieten pflegen die Anwohner selbst, in den öffentlichen Einrichtungen die Mitarbeiter (z.B. Projekt mit Kindern in der Kita) und die Verkehrsinseln werden von ortsansässigen oder regionalen Unternehmen gestaltet / gepflegt und im Gegenzug wird für die geworben bzw. sie dürfen in der Insel werben. Dass dies möglich ist, zeigt die Gemeinde Ebsdorfergrund. Es rechnet sich doppelt, da indirekt wiederum die Wirtschaft gefördert wird. + 550.000 EUR p.A.	Stadtgärtnerei schließen (Pflege Grünanlagen ggf. durch Bauhof oder Vergabe/Wohngebiete durch Anwohner/öffentl. Einrichtungen durch Mitarbeiter/Verkehrsinseln durch ortsansässige Unternehmen)	Gärtnerei ist bereits mit dem Bauhof und dem Friedhof zusammengelegt, Synergieeffekte werden bereits abgeschöpft, „Patenschaften“ verliefen im Sand, Umstellung Bepflanzung auf pflegeärmere Pflanzen ist erfolgt →Eine Ansprache der Firmen verlief erfolglos
14	15020399	Reduzierung Aufwand Grünpflege: Bauhof stellt Grünpflanzen jährlich zur Verfügung, Firmen /Bürger /Vereinspatenschaften pflanzen und pflegen, Bauhof sichert nur den Grundbedarf. Örtliche Firmen übernehmen die Kosten für die Bepflanzung und Pflege und können dafür z.B. im Kreisverkehr ein Werbeschild oder Objekt aufstellen. Alternativ / Ergänzend: Bringt die Reduzierung des Blumenschmuckes in öffentlichen Anlagen Einsparungen, z.B. durch Einsatz immergrüner Pflanzen, dann sollten solche Maßnahmen umgesetzt werden	Grünpflege durch Patenschaften	„Patenschaften“ verliefen in der Vergangenheit im Sand, Umstellung Bepflanzung auf pflegeärmere Pflanzen ist erfolgt →Eine Ansprache der Firmen verlief erfolglos
14	15020399	Die Fahrzeuge der Stadt und des Bauhofs sowie dessen Werkzeug, Maschinen, etc. würde ich an Wochenenden verleihen. Die Fahrzeugversicherungen müssten vorher entsprechend angepasst werden; mit der GW müsste gesprochen werden. Hier dürften Einnahmen von 2000 € im Jahr sicher drin sein.	Fahrzeuge, Werkzeuge, Maschinen usw. der Stadt an Wochenenden verleihen	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar
15	15020101	Für den Prämienmarkthaupttag wird ein einheitlicher Eintritt von 2 € pro Erwachsene und 1 € pro Kind eingeführt. Bei geschätzten 8000 Besuchern am Haupttag könnten - nach Abzug der Kosten - ca 8000 bis vielleicht sogar 10.000 € pro Jahr herauskommen.	Eintritt für Prämienmarkthaupttag einführen	Pol. Entsch., Achtung: Attraktivität, Kontrollmögl., Aufwand? Siehe Einstellung Gildefest

15	15020102	Wochenmarkt: Biologische und ökologische Direktvermarkter können auf Wochenmarkt ohne Standmiete anbieten („In Lauterbach lässt es sich gut und gesund essen und einkaufen“).	Keine Wochenmarktmiete für biol. u. ökol. Direktvermarkter	Rechtlich nicht umsetzbar (Gleichbehandlungsgrundsatz)
15	15020104	<del>Markt</del> Weihnachtsmarkt mit ca. 6 Buden der nicht einmal bis 19 Uhr auf hat. Berufstätige haben nicht einmal die Chance am Abend dort einen Glühwein zu trinken. Vorschlag: Wenn ein solcher Markt, dann richtig (Beispiel Fulda). -Fazit: Mehr Besucher = Mehr Einnahmen!	Änderung der Öffnungszeiten Weihnachtsmarkt (Vgl. Fulda)	Umgesetzt; Geändertes Konzept Hohhaus
15	15020199	Einsparung der großen Folienplakate für Märkte an den Eingangsstraßen der Stadt.	Keine Plakate an Eingangsstraßen zu Märkten	Sollte auf Werbe- und Konkurrenzgründen beibehalten werden
15	15020199	Stadtflohmarkt: Im Rahmen des Stadtfestes (oder anderer Festivitäten) einen privaten Flohmarkt einführen. Standgebühr vor Ort abkassieren, Erlös reicht sicher für ein paar neue Bücher der Stadtbibliothek. Eventuell hat die Stadt auch Inventar was auf dem Flohmarkt angeboten werden könnte, z.B. alte Stempel, Karten, ausgedientes Interieur	Stadtflohmarkt	Im Rahmen des Frühlings- u. Herbstmarktes gibt es einen Flohmarkt / Förderverein Bücherei veranstaltet öfters einen Flohmarkt
15	15020199	Gebrauchtwagenautomarkt: Die Stadt Lauterbach (ggf. mit Beteiligung eines Autoclubs) lässt einmal im Jahr einen Gebrauchtwagenautomarkt auf der Bleiche zu. Private Anbieter können dort ihre Autos zum Verkauf ausstellen. Pro ausgestellten PKW fließen 30 Euro in die Stadtkasse. Rückfahrt nach Verkauf mit ÖPNV problemlos möglich. Vielleicht sollte man ein ganzes Wochenende für den Markt einplanen.	Gebrauchtwagenautomarkt auf der Bleiche	Nicht originäre Aufgabe der Stadt
15	15020199	Messe Regionalvermarktung: In Lauterbach als Kreisstadt des Vogelsberges wird schon immer gerne gut gegessen und getrunken. Die regionalen Anbieter des Vogelsbergkreises zu einer gemeinsamen Marktmesse mit Genuss & Tafelfreuden zusammen zu bringen, das wären eine Aufgabe und eine werbewirksame Maßnahme für Stadt und Region. Alternative für Töpfermarkt und Belebung für verkaufsoffene Sonntage im Sommer. <del>Dachmarke Vogelsberg</del> → dafür gibt es doch was von Vogelsberg Consult → übrigens die stillen Einlagen der Stadt bei der VBC müssen sich doch rentieren, oder?	Messe zur Regionalvermarktung in Lat	Vogelsbergchau mangels Beteiligung eingestellt. Ein kleiner Regionalmarkt ist bereits im Rahmen des PräMa im Bereich der Bleiche geplant



15	15020199	Ausrichtung der städtischen Feste (Prämienmarkt) im 2-jährigen Rhythmus	Rhythmus städt. Feste	Pol. Entsch. , ist zu prüfen
15	15020199	Es könnte eine Bürgerstiftung gegründet werden. Diese Stiftung kümmert sich um die gesellschaftliche / soziale Entwicklung der Stadt. Man könnte die Märkte in die Hand der Stiftung legen (Prämienmarkt, Stadtfest, Romantische Nacht an der Lauter). Bürger können Geld einbringen, Material und Leistung. Die Bürger können Vorschläge machen, welchen Aufgaben die Stiftung noch nachgehen soll. Spenden an die Stiftung wären steuerlich absetzbar. In die Stiftung könnte die Stadt auch Immobilien aus dem Bestand einbringen. Diese Immobilien könnten von ortsansässigen Handwerkern saniert werden, in dem sie Freizeiten und Restmaterial in die Stiftung einbringen (steuerreduzierend). Das rechnet sich für beide Seiten.	Bürgerstiftung gründen Märkte übertragen, ggf. auch Immobilienbestand	Pol. Entsch. / Eine Realisierung wird begrüßt, ist kurzfristig mit nachhaltiger Wirkung jedoch nicht umsetzbar → Nach Rückspr. Bank staffeln sich Zinssätze für Festanlagen wie folgt: 1 Jahr – 0,10 % 2/3 Jahre – 0,25 % 4 Jahre – 0,55 % 5 Jahre – 0,75 % 6 Jahre – 1,05 % 7/8 Jahre – 1,45 % 9 Jahre – 1,60 % 10 Jahre – 2,05 %
15	15030199	<del>Für den städtischen / touristischen Bereich könnte man einen professionellen Grafiker / Grafikerin einstellen und sämtliche Print- und Web-Produkte selbst erarbeiten. Dieser Grafiker könnte dann im Leerlauf auch für Externe arbeiten. + 50.000 EUR p.A.</del> <u>Nachtrag:</u> Man sollte in der Machbarkeitskalkulation den Personalkosten die jährlichen Erstellungskosten der Werbematerialien, Flyer, Broschüren, Zeitungsanzeigen, uvm. entgegenstellen. Evt. kann/sollte in die Kalkulation auch die Internetseiten-Gestaltung mit einbezogen werden. Evt. kann man auch schon den Bedarf bei den Stadtwerke und andere mit einbeziehen.	<del>Grafiker/in für Print- und Web-Produkte einstellen</del>	Privatwirtschaftliche Tätigkeit als Konkurrenz gesetzl. nicht möglich; Im Übrigen ist eine Erhöhung der Personalkosten im Rahmen vom Schutzschirm nicht erlaubt; Städtische Internetseite erfolgt durch eigene IT-Abteilung

15	15030199	<p>Aufwertung der Wohnmobilstellplätze: Der Wohnmobilstellplatz ist leider nicht sehr attraktiv. Ein attraktiver Stellplatz spricht sich unter den Campern schnell herum (zum Beispiel über Erfahrungsberichte, Foren) und führt dazu, dass auch jene Touristen in Lauterbach einen Zwischenstopp einlegen, die ansonsten an der Stadt vorbei gefahren wären.</p> <p>Störfaktoren:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Bei sommerlichen Temperaturen unzumutbare Wärmeentwicklung (kaum Schatten)</li> <li>-Parkplatzcharakter lädt nicht zu einem Aufenthalt im Freien ein</li> <li>-Keine Innenstadtlage</li> </ul> <p>Vorschläge zur Aufwertung:</p> <p>Überdenken einer Standortverlagerung, zum Beispiel auf den Parkplatz der Adolf-Spieß-Halle Errichtung einer Stromversorgung inkl. Zahlungsmöglichkeit (Einnahmen!!) Anbringung einer übersichtlichen und strukturierten Info-Tafel mit Informationen zu Ereignissen (Events), Stadtplan inklusive Rundgängen und so weiter sowie nützliche Telefonnummern. Die nächsten Wohnmobilstellplätze in Alsfeld, Herbstein, Ulrichstein, Schlitz heben sich nicht wesentlich von den Plätzen in LAT ab. Lauterbach hat demzufolge Potential, sich auch für diese Touristen-/Gästeparte stärker attraktiv zu machen!</p>	Aufwertung der Wohnmobilstellplätze	<p>Entsprechend dem Bewilligungsbescheid ist eine Änderung vor 2020 nicht möglich.</p> <p>Keine direkte monetäre Auswirkung auf die Einnahmeverbesserung</p>
15	15030199	Imagefilm Lauterbach: Filmische Eindrücke aus Lauterbach auf der Homepage des Touristbüro, es gibt einige private Filme aus LAT im Internet, kostenlose Nutzung abstimmen.	Imagefilm Lauterbach	Gibt es bereits
15	15030199	Zusammenlegung Touristcenter und Bürgerbüro im Zusammenhang mit Rathaussanierung – damit gesicherte Öffnungszeiten / Synergieeffekte möglich.	Zusammenlegung Tourist-Center und Bürgerbüro	Wird im Zuge der Rathaussanierung geprüft
15	15030199	Ansässigen Firmen (siehe Angersbach) ermöglichen Schilder gegen Kostenübernahme zu ergänzen. Außerdem fehlt ein „Begrüßungskonzept“ für Radfahrer am Ausgang des Radweges zur Stadt	Kostenübernahme von Schildern durch Firmen Radfahrerbegrüßung	Ein in Lauterbach geplantes Beschilderungskonzept würde einen finanziellen Aufwand von ca. 60.000,- € verursachen.

15	15030199	Ausstieg Vogelsberg Touristik prüfen — was ist mit Nutzung der Plattform Vulkanradweg.de? Bessere touristische Ausnutzung der Anbindung Vulkanradweg?	Ausstieg Vogelsberg-Touristik prüfen Werben f. Vulkanradweg	Umgesetzt
15	15030199	Die Beteiligung an der Vogelsberg Touristik GmbH sollte überdacht werden. Schaut man in die Statistiken der letzten zehn Jahre, sieht man eine Stagnation des Tourismus bzw. der Übernachtungszahlen. Die Touristik sollte modernisiert, neu strukturiert und neu ausgerichtet werden. + 20.000 EUR p.A.	Touristik modernisieren, neu strukturieren und ausrichten — Beteiligungen Überdenken	Umgesetzt
15	15030199	Die Bettenabgabe trifft die Schulklassen in der Jugendherberge. Sonstige Übernachtungen dürften mit der vorgeschlagenen Summe kaum in Frage zu stellen sein. Ich würde das für Lauterbach sein lassen, da nicht nachhaltig Einkunft erzeugend.	Verzicht auf Bettensteuer	Umgesetzt
15	15030199	Ausweitung Einsatzgebiet Geschenkgutscheine: auch für Museum, Volkshochschule, Kulturförderung etc.	Geschenkgutscheine Nutzungsbereiche ausweiten	Wird begrüßt; Hängt jedoch von betroffenen Firmen ab; Derzeitiger Stand der Teilnehmer: 91
17	01010699	meine Anregung wäre, über eine Regionalwährung nachzudenken. Bsp. der Chiemgauer.	Regionalwährung einführen	- keine monetäre Wertung möglich - Kaufkraftbindung erfolgt bereits durch Lauterbacher Gutscheine (Verkehrsverein); Gültigkeit 3 Jahre - Chiemgauer wird ebenfalls durch einen Verein vermarktet; verliert nach durchschnittl. 3,5 Monaten die Gültigkeit und muss verlängert werden

17	01010699	Sehr viele Gemeinden lösten sich von der ecom21 (der kommunalen EDV Gesellschaft). Die Kosten für externe Leistungen / Material sind zu hoch. Hier kann sicherlich erheblich eingespart werden. Das sollte geprüft werden. + 60.000 EUR p.A.	Lösen vom Rechenzentrum Ekom21	Ist geprüft (Ablösung Pensionsrückstellungen über 1 Mio. €)
17	15010101	Stadtmarketing – Modernes Stadtmarketing nach Auslegung der „Zielrichtung“: Was ist an Lauterbach besonders? Womit kann aktiv geworben werden? Hierzu auch einige Vorschläge im Folgenden. Homepage entsprechend gestalten. Ausrichtung Verkehrsverein?	Moderneres Stadtmarketing	Pol. Entsch.
17	15010102	Stadtbau / Ansiedlung Gewerbe: Wenn die Stadt ein Gewerbegebiet ausweist, dann sollte das Energie autark sein: Ein zentrales Blockheizkraftwerk versorgt die Unternehmen mit Strom und – über ein Nahwärmenetz – mit Wärme. Zum Gewerbegebiet gehört ein gut ausgestelltes, maßgeschneidertes System für Energie-Recycling: Energie, die sonst ungenutzt in Abluft oder Abwasser „entsorgt“ werden müsste, kann wieder genutzt werden. Das praktizieren Firmen heute schon – allerdings in der Regel nur für das firmeneigene Recycling. Und da kann nur verwertet werden, was die Firma selbst wieder gebrauchen kann. Bei dem Modell würde die verwertbare Energie aller Firmen in einem Pool landen, in den alle etwas einbringen und von dem alle profitieren können. Das zahlt sich bei steigenden Energiekosten aus. Eventuelle Überschüsse könnten die Firmen sogar weiterverkaufen – wenn die Stadt in akzeptabler Nähe Wohngebiete oder öffentliche Gebäude an das Nahwärmenetz anschließt. Das Energiemodell in dem Gewerbegebiet könnte eine Genossenschaft sein, in die sich die Firmen einkaufen. Um das Modell-System „auszutüfteln“, könnte sich die Stadt Hilfe vom Öko-Institut oder einer Universität holen. Die Koordination wäre auch eine Aufgabe für die Stadtwerke. Fördergelder könnte die Stadt dafür auch bekommen. Förderprogramm für Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen. Das Modell wäre nicht nur ein weiterer Beitrag zum Klimaschutz. Es wäre auch ein guter „Magnet“ für die Ansiedlung von Firmen, die Klimaschutz praktizieren, dafür aber nicht immer nur „draufzahlen“ wollen. Dazu sollten auch Änderungen von Bebauungsplänen geprüft werden	Ansiedlung von Gewerbe Autarkes Gewerbegebiet — Nahwärmenetz — Energierecycling — u. a.	Wird im Rahmen der Bauleitplanung geprüft. Entscheidung des jeweiligen Investors

17	15010199	<p><u>Kreisstadt Lauterbach</u> Einkaufsstadt? --Leere Ladengeschäfte ohne Ende.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Um Tourismus und somit auch zahlende Gäste anzuholen z. B. H&amp;M, Deichmann, C&amp;A, Reno, statt teuren Optikern (davon jede Menge). Wie wäre es mal mit Apollo oder Fielmann?</li> <li>• Ganz wichtig wäre wenigstens mal eine Drogerie!!! Eine Kreisstadt die nicht einmal eine Drogerie hat, stellt sich kein gutes Zeugnis aus!</li> </ul>	Ansiedlung von Unternehmen und Geschäften	Leerstandsmanagement umgesetzt; Drogerie in Planung
18	16010199	Erhöhung der Hundesteuer und der Grundsteuer ist für mich OK. Ich bin selbst davon betroffen.	Steuererhöhungen	Umgesetzt (GrundA von 320% auf 400%; GrundB von 350% auf 400%) / pol. Entsch.
18	16010199	Auch die Hundesteuer liegt dann mit den geplanten 72€ ziemlich an der Spitze (dito Alsfeld). Das nur am Rande, selbst in Fulda sind wir bei "nur" 60€.	Hundesteuer max. 72,-€	jeweils pol. Entsch.
18	16010199	Hundesteuererhöhung ist auch angemessen, wenn auch sehr unbedeutend in Summa.	Erhöhung der Hundesteuer	pol. Entsch.
18	16010199	Grundsteuer etc. Die moderate Anhebung der Hebesätze ist in Ordnung.	Moderate Erhöhung Grundsteuer B	Umgesetzt (GrundB von 350% auf 400%)
18	16010199	Die Grundsteuer B in Hebesatzhöhen bis zu 500 zu erhöhen, wie in dem Beispiel des Arbeitspapiers "Kommunaler Schutzschirm" dargelegt, erscheint sehr reizvoll und einfach. Wer besitzt soll auch zur Kasse gebeten werden. Allerdings sollte beachtet werden, dass wir mit heute 350 schon weit über dem Durchschnitt von ca. 290 im Vogelsbergkreis liegen. Einzig allein Alsfeld hat ebenfalls dieses Jahr um 30 von 350 auf 380 erhöht. Ein interessanter Vergleich ist aber auf Großenlütder zu werfen. Dort liegt der Hebesatz gerade einmal bei 275, selbst Bad Salzschlirf 280 und Fulda mit 330 liegen unter den Werten von Lauterbach. Attraktiv wird Lauterbach dadurch für zukünftige junge Familien nicht mehr. Aus meiner Sicht sollte bei der Betrachtung des Hebesatzes die Grenze von 400 auf gar keinen Fall durchschritten werden. Was mich überrascht ist der Blick bis 2016. Die Mehreinnahmen steigen stark, die Wenigerausgaben sinken absolut als Betrag. Ob diese Rechnung gut geht?	minimale Erhöhung der Steuern - Grundsteuer B max. 400	Umgesetzt (GrundB von 350% auf 400%)

18	16010199	jedoch würde ich für unbebaute Flächen die Grundsteuer A massiv erhöhen. Das hätte einen Anreiz zu Folge, dass die Bebauung oder Veräußerung zügiger gehen. Damit generierte man neue Bauflächen. Großgrundstücke mit Minderbebauung, d.h. weniger als 10% der Fläche bebaut, sollten einen erhöhten Grundsteuer B –Satz erhalten.	Massive Erhöhung der Grundsteuer A	Umgesetzt (GrundA von 320% auf 400%)
18	16010199	Der größte Einnahmenposten dürften Gewerbe und Grundsteuern sein. Eine Erhöhung trifft alle Einwohner, egal ob Hausbesitzer oder Mieter oder Unternehmer gleichermaßen und ist effektiv, um die nötigen Summen zur Konsolidierung aufzubringen. Dies scheint mir unter dem Gerechtigkeitsaspekt die beste Lösung zur Einnahmensteigerung. Eine Abwanderung von Unternehmen halte ich für unwahrscheinlich, allerdings könnte eine Anhebung der bereits vergleichsweise recht hohen Gewerbesteuerhebesätze eine Neuansiedlung von Gewerbebetrieben verhindern.	Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern	Umgesetzt (GrundA von 320% auf 400%; GrundB von 350% auf 400%; Gewerbe von 380% auf 400%)
18	16010199	<u>Pferdesteuer</u> Wie sagte ein Landwirt zu mir: "Warum auch nicht gleich für jede Kuh und jedes Schwein eine Steuer?" Früher war Pferdehaltung den "Reichen" vorbehalten. Heute ist das Reiten ein Breitensport. Als Pferdehalten muss ich hart dafür arbeiten um das Pferd unterhalten zu können. Dazu gehören Kosten wie: <ul style="list-style-type: none"> <li>•—Box, Weide, Futter, Schmied, Tierarzt, Versicherung, Zubehör und Mitgliedschaft in einem Verein.</li> </ul> Sollte noch eine Pferdesteuer erhoben werden, wären die Folgen fatal. <ul style="list-style-type: none"> <li>•—Z. B. Schlachtung der Pferde.</li> <li>•—Untergang von Reitvereinen (Boxenmiete, Kündigung der Mitgliedschaft, reiten für Kinder die kein Pferd haben nicht mehr möglich- therapeutisches Reiten ohne Pferd nicht machbar usw.</li> <li>•—Arbeitsplätze würden dann auch eine Konsequenz sein. Weniger Industrie- weniger Arbeitsplätze/ z. B. Futtermittelhersteller, Pferdesportgeschäfte, Sattler, Schmiede. Schlachtung käme bei mir nicht in Frage, aber Tiere haben ja Anlaufmöglichkeiten in Tierheimen, auch Pferde! Ist dies in Lauterbach möglich???. Dann viel Geld investieren, damit auch für Pferde ein Platz geboten wird. Im LA blieb kürzlich die Frage von Herrn Vollmöller unbeantwortet: " Haben Sie vielleicht in Ihrer Verwandtschaft auch Pferdebesitzer?" Vielleicht sollte sich da Herr Vollmöller mal kundig machen.</li> </ul>	Keine Pferdesteuer	

18	16010199	Wenn man einerseits die Vereinsförderung streicht, muss man andererseits sogar die Pferdesteuer einführen. Die Argumente der Pferdehalter sind nur Lobbyismus, ohne fundamentale Daten. Die Gnadenpferdhaltung hat mit Sport nichts zu tun. Wer normal mehrere Pferde halten kann, den werden die marginalen Kosten von ca. 200.-€/Pferd/Jahr kaum in Schwierigkeiten bringen. Schon ein Tierarztbesuch ist so teuer.	Einführung der Pferdesteuer	Abgelehnt
18	16010199	Pferdesteuer ? Einführung Ja wenn es rechtlich möglich ist. Die Begründungen des Herrn Burg gegen die Einführung einer Pferdesteuer waren für mich nicht nachvollziehbar. (Holzrückpferde, Therapiepferde und die Ponys der Familie Wiegel, damit verdient man Geld und bei schlechtem Wetter gehen die Gäste ins Freizeitzentrum) Zur Gemeinnützigkeit des Reitervereins, auch der Tierschutzverein und das Tierheim sind Gemeinnützig und wir bezahlen trotzdem Hundesteuer.	Einführung einer Pferdesteuer	Abgelehnt
18	16010199	Die Firmen könnten dann belastet werden, indem sie eine minimale Umsatzsteuererhöhung, z.B. 0,2%, an die Kommune abführen müssten und dafür weniger Gewerbesteuer bezahlen, jedoch per Saldo auch etwas zusätzlich in den Kommunaltopf einbringen.	minimale Umsatzsteuererhöhung bei Firmen	Keine Einflussmögl., Zuständigk. Bund
18	16010199	Die Stadt Remscheid plant die Einführung einer Mobilfunkmasten-Be-steuerung. 10.000 Euro je Mast sind geplant. Vielleicht könnte dies auch in Lauterbach eingeführt werden. Die Planungen in Remscheid sind weit ge-diehen, so dass man dort evt. schon einen Satzungs-Entwurf erhalten kann.	Einführung einer Mobilfunkmaststeuer	Rechtlich unzulässig (Rspr. mit unseren Spitzenverbänden)
18	16010199	Besteuerung von Mobilfunkmasten: <a href="http://www.mobilfunkmastensteuer.de/index.html">http://www.mobilfunkmastensteuer.de/index.html</a> Die Mobilfunkmasten-steuer ist laut einer Studie als kommunale Steuer möglich. Sie kann durch eine kommunale Abgabensatzung erhoben werden. Dies kann für die Gemeinde jährliche Einnahmen von mehreren Tausend Euro bedeuten. (Vorschlag einer Mobilfunkmaststeuer, vgl. Susann Funke, Die Mobilfunkmastensteuer – eine neue Einnahmequelle der Ge-meinden, Teil 1 und 2, Kommunale Steuer Zeitschrift 2010, 121ff., 143ff. 206ff.) Idee: Status der rechtlichen Diskussion prüfen, nach Kenntnis handeln	Einführung einer Mobilfunkmaststeuer	

18	16010199	Andere Gemeinden prüfen recht konkret die Einführung einer Windradsteuer. Neben Einnahmen, könnte man Bürger-Windkraft-Anlagen explizit bevorzugen und fördern. Die Stadt gäbe die Steuereinnahmen den Betreibern der Bürgeranlagen in geeigneter, zulässiger Form zurück.	Einführung einer Windkraftsteuer	Rechtlich unzulässig (Rspr. mit unseren Spitzenverbänden)
18	16010199	Besteuerung von Windkraftanlagen: In NRW werden die Kommunen ausdrücklich aufgefordert das kommunale Steuerfindungsrecht zu prüfen. Die Windkraftbesteuerung ist in der aktuellen Diskussion als kommunale Steuer. Sie könnte durch eine kommunale Abgabensatzung erhoben werden. Idee: Status der rechtlichen Diskussion prüfen, nach Kenntnis handeln	Einführung einer Windkraftanlagensteuer	
18	16010199	„Reinigungsabgabe oder Müllcent“ (Aufwandssteuer? falls rechtlich möglich): In den öffentlichen Müllbehältern (und rund um die Umgehungsstraße) findet man Einwegbehälter aus Kaffee-to-go, andere Umverpackungen für Essen. Lässt sich hier ein Müllcent einführen, den eher der Anbieter, als der Kunde zu entrichten hätte?	Einführung „Reinigungsabgabe oder Müllcent“ für Einwegbecher u. ä.	Öffentliche Müllbehälter fallen nicht unter Abfallgebühren; Verursacher? Durch Anbieter als Verpackung in Umlauf gebracht, zu diesem Zeitpunkt noch kein Müll.
18	16010199	Mein „utopischer“ Vorschlag, bei dem auch immer gleich gesehen werden muss wie viel da jährlich zusammen käme, d.h. ob das den Aufwand lohnt. Eine <u>Solidarabgabe</u> – sagen wir mal von 2 % (ausgenommen Hartz 4 – und Sozialhilfeempfänger) auf jedwede Einnahmen der Bürger und Betriebe wie: Nettogehälter sämtlicher Angestellter und Beamte, Gewinne von Betrieben (dieses Mal natürlich einschließlich der frei schaffenden Ärzte, Steuerberater, Rechtsanwälte und sofort, halt aller und der Renten sowie nicht zu vergessen der Pensionen. Dieser Betrag, abzüglich des Aufwandes für den Einzug, müsste natürlich unbedingt ungekürzt nur dem Abtrag der Schulden zu Gute kommen. → Ergänzung des Verfassers: ...Ich meinte dazu, dass man die Gelder nicht als „Steuern“ bezeichnen muss. Es ist eine Solidarabgabe oder sie kann auch als Spende bezeichnet werden. Solche Vorschriften lassen sich immer irgendwie verbal umgehen. Bringen Sie das mal so ein!! Um den Prozentsatz kann man ja noch diskutieren. Festgestellt müsste werden, dass z. B. 1 % ausmacht. Dann sieht man weiter...	Einführung einer „Solidarabgabe“ beispielhaft 2% auf Einkommen  „Solidarabgabe“ in Form einer Spende – keine Steuer	Rechtl. nicht möglich  Spenden sind generell zulässig. Spendenquittungen gibt es jedoch nur in bestimmten Bereichen, wie z.B. Kultur, Denkmalschutz, Senioren-, Kinder- u. Jugendhilfe



18	16010199	Um alleinstehende Bürger ohne Erben zu ermutigen, ein vorhandenes Vermögen der Stadt zu vermachen, sollten Vereinbarungen propagiert werden, die dem Erblasser zusichern, dass sein Vermögen in seinem Sinne verwaltet wird	Alleinstehende Bürger ohne Erben ermutigen, das Vermögen der Stadt zu vermachen	Persönl. Entscheidung der Betroffenen; evtl. im Rahmen einer Bürgerstiftung denkbar
<del>18</del>	<del>16010199</del>	<del>Klären der Möglichkeiten der Erhebung einer eigenen Kommunalsteuer auf die Bruttoeinkommen der Bürger, also vor Abzug von Kosten. Das wäre dann einfach über das Finanzamt zu regeln. 1,5-2% wären eine gute Summe, die jedes Jahr, unabhängig von den aktuellen Steuerdiskussionen, Lobby-Argumenten und Absetzungsgerechtigkeitsdiskussionen der Kommune eine proprietäre Einkommensquelle geben würde. Der Kreis oder das Land dürften darauf dann keinen Zugriff erhalten. Das wäre auch im Sinne der Generationengerechtigkeit gut zu vermitteln, da sowohl Rentenbezieher als auch im Erwerbsleben stehende gleichartig belastet wären.</del>	<del>Erhebung eigener Kommunalsteuer auf das Bruttoeinkommen der Bürger</del>	<del>Rechtl. nicht möglich</del>
18	16010199	Umschuldung der Alt-Darlehen. Überprüfung aller Darlehen, ob sich die Zahlung einer Vorfälligkeitsentschädigung lohnt. Die Vorfälligkeitsentschädigung und die Altschulden dann mit Hilfe von Fremdwährungsdarlehen in CHF refinanzieren (Fremdwährungsdarlehen). Zins + Aufschlag ca. 1,2% (Aufschlag = Verhandlungssache). Die Schweizer Nationalbank garantiert einen Wechselkurs von 1,20 SFR zum Euro und so wird dem Bedürfnis der öffentlichen Hand nach einem kalkulierbaren Risiko bei der Refinanzierung Rechnung getragen. + 500.000 EUR p.A.	Altschulden mit Fremdwährungsdarlehen refinanzieren	Achtung: Kursrisiko und ggf. Vorfälligkeitsentschädigungen
18	16010199	Einrichtung einer „Bürgeranleihe“: Bürger leihen ihrer Stadt Geld	Bürgeranleihe / Finanzierung	Rechtlich nur eingeschränkt möglich (Banken- und Finanzaufsicht) Darlehen sind grundsätzlich gen.-pflichtig
18	16010199	Bürgerdarlehn: Bei einem Bürgerdarlehen nimmt eine Kommune oder ein kommunales Unternehmen Darlehen – in der Regel mit einer festen Laufzeit und für eine feste Verzinsung – bei einer Vielzahl von Gemeindebürgern auf. Idee: Bei Projektrealisierungen das Finanzierungsmodell als Möglichkeit prüfen und nutzen <a href="http://www.boorberg.de/sixcms/detail.php?template=pub_volltextsuche_detail&amp;id=568448&amp;hl=Kommunale%20Abgaben">http://www.boorberg.de/sixcms/detail.php?template=pub_volltextsuche_detail&amp;id=568448&amp;hl=Kommunale%20Abgaben</a>	Bürgerdarlehen	

18	16010199	<p>Bürger-Haushalt: Mit dem Beteiligungshaushalt sollten mehrere Ziele erreicht werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>o direkte Demokratie ermöglichen mit Delegierten, die denen, die sie entsenden, verantwortlich sind,</li> <li>o stärkere Beteiligung der Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen (Partizipatorische Demokratie, Bürgerbeteiligung)</li> <li>o Mittelverschwendung reduzieren,</li> <li>o Politik für ärmere, weniger gut vertretene Bürger durchsetzbar machen,</li> <li>o Entscheidungen auf die Ebene der Betroffenen verlagern.</li> </ul> <p>Von vielen Kommunen bereits umgesetzt, wobei der gesamte Haushalt zu umfangreich ist. Die Idee: Statt des ganzen Pakets Haushalt stimmen die Bürger im Internet nur über zwei oder drei besonders brisante Punkte ab. Das dürfte in der Bevölkerung auf mehr Interesse stoßen und mehr Leute zum Mitmachen animieren. So bekäme die Politik beispielsweise zu einer Steuererhöhung oder zu Einsparungen ein Stimmungsbarometer von den Bürgern und damit eine wichtige Entscheidungshilfe</p>	Bürgerbeteiligung am Haushalt	Pol. Entsch.
<del>18</del>	<del>16020199</del>	<p><del>Fertigstellen der Bilanz 2009. Das bisherige Zahlenwerk ist eine Schätzung, welche auf den echten Zahlen des Jahres 2008 und davor beruht. 2008 war allerdings noch ein wirtschaftlich schlechtes Jahr, der Aufschwung folgt erst darauf. Daher ist davon auszugehen, dass die finanzielle Lage der Stadt Lauterbach erheblich besser ist, als aktuell noch geschätzt.</del></p> <p><del>+ 800.000 EUR p.A.</del></p>	<del>Bilanz 2009 fertigstellen</del>	<del>Bilanz 2009 ist in Arbeit</del>
<del>18</del>	<del>16020199</del>	<p><del>Die Abschreibung der Straßen und Wege sollten ab 2009 mit eingerechnet werden. + 800.000 EUR p.A.</del></p>	<del>Abschreibungen ab 2009 einrechnen</del>	<del>Abschreibungen sind eingerechnet; alle Änderungen berücksichtigt</del>
18	16020199	<p>Forderungsmanagement: Es wird angenommen, dass im Haushaltsentwurf Lauterbach ein HA-Nr. Umgang mit Forderungen besteht und dass offene Forderungen bestehen, die auch entsprechend eingezogen werden. Verwaltungsübergreifendes Konzept zum Umgang mit offenen Forderungen erarbeiten und zum Umgang mit Niederschlagungen von Forderungen</p>	Forderungsmanagement	Bereits vorhanden, wird praktiziert

18	16020199	Unmittelbare Rechnungsstellung. Hierdurch steigt die Liquidität der Stadt und die Kassenkredite können reduziert werden	Unmittelbare Rechnungserstellung	Wird praktiziert
<del>18</del>	<del>16020199</del>	<del>Städtische Aufträge: Alle langfristigen Verträge einer Sparkontrolle unterziehen, so z.B. Baumkataster, Beratungsdienste etc. Bessere Prüfung/ Abstimmung von Anschaffungen: So finden sich im Vorbericht des Haushaltsentwurfs vier „Headsets“ mit unterschiedlichen Anschaffungspreisen</del>	<del>Sparkontrolle für Aufträge</del>	Wird praktiziert und beachtet
18	16020199	Grundsätzliches: Prüfen welche Reserven im Bestand sind, bevor neues investiert wird	Reserven vor Neubeschaffung prüfen	